

Dr. F.J. Hinkelammert

Das Bild der Wirtschaft der Bundesrepublik in der
sowjetischen Presse von 1958-1962

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Allgemeine Charakteristik der durchgesehenen Literatur und der benutzten Quellen.	1
2. Die Bundesrepublik innerhalb der westlichen Welt. Verhältnis zu den USA und Stellung in der EWG.	11
3. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Wachstum, Krisen, Konjunktur. Die 'Militarisierung' der Wirtschaft.	24
4. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Bundesrepublik.	42
5. Das Verelendungsgesetz, der Lebensstandard und die soziale Lage.	59
6. Zusammenfassung.	73

1. Allgemeine Charakteristik der durchgesehenen Literatur und der benutzten Quellen.

Sowjetische Stellungnahmen zu den Verhältnissen in einem westlichen Land werden immer innerhalb des Gesamtzusammenhange der sowjetischen Meinungsbildung über das nichtkommunistische Ausland abgegeben. Die Meinungsbildung geht innerhalb eines Systems der Information vor sich, das die offiziellen Parteiäußerungen, die Darstellungen der Fachpresse und die Berichte der allgemeinen Presse umfaßt. Dies gilt natürlich auch für die Darstellungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik. Sobald man es daher unternimmt, diese Darstellung zu analysieren, ergibt sich ganz selbstverständlich die Notwendigkeit, das Bild der Bundesrepublik in der sowjetischen Presse als einen exemplarischen Fall für die sowjetische Auffassung von den Verhältnissen in den sogenannten kapitalistischen Ländern überhaupt zu untersuchen.

Dabei ergeben sich zwei Aspekte. Einerseits werden in der sowjetischen Presse die spezifischen Entwicklungslinien der bundesrepublikanischen Wirtschaft dargestellt, andererseits werden die Besonderheiten dieser Entwicklung der Bundesrepublik als die Erscheinung allgemeiner Tendenzen interpretiert, die für die westlichen Wirtschaften unserer Zeit in der Sowjetunion als typisch gelten. Beide Aspekte müssen in der folgenden Analyse berücksichtigt werden.

Innerhalb des sowjetischen Informationssystems stehen auf der einen Seite die parteioffiziellen Äußerungen, die sich gewöhnlich nicht auf Einzelheiten festlegen, sondern allgemeine Züge der Entwicklung der kapitalistischen Länder betonen. Sie haben weitgehend autoritären Charakter und werden in der öffentlichen Meinung auch grundsätzlich nicht bezweifelt. Ihnen gegenüber stehen die Presseäußerungen, die jene allgemeinen und schon bekannten Tendenzen im Rahmen der Besonderheiten der einzelnen westlichen Länder nachweisen sollen.

Hieraus könnte ein scheinbar sehr einfaches Schema gefolgert werden. Parteiäußerungen setzen ein Dogma, die Pressedarstellungen haben dies Dogma zu kommentieren. Aber dies Schema ist nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung richtig. In Wirklichkeit steht ja auch die Partei nicht außerhalb der Meinungsbildung. Sie muß die Fakten und Besonderheiten der westlichen Entwicklung schon kennen, wenn sie allgemeine Richtlinien für die Beurteilung erlassen will. Fakten müssen aufgearbeitet werden, sie müssen mit theoretischen Vorstellungen verbunden werden usw., ehe man allgemeine Richtlinien entwickeln kann. Es besteht daher immer ein Interesse der Partei an umfassender und genauer Information.

Es ist nun denkbar, - und dies ist in der Sowjetunion auch heute noch weitgehend üblich - , daß man diese Information der Partei von der Aufgabe der Presse trennt. Es gibt dann ein Informationszentrum der Partei mit einer entsprechenden Faktenaufbereitung, innerhalb dessen die allgemeinen Richtlinien für die Beurteilung entwickelt werden, während die Presse als öffentliches Medium wesentlich kommentatorische Funktionen hat. Ihre Rolle besteht soweit in der "Erziehung der Massen", und die Meinungsbildung ist der Öffentlichkeit entzogen.

Soll allerdings in dieser Form ein Gebiet wie die Wirtschaftsentwicklung der westlichen Welt bearbeitet werden, so ergeben sich grosse Nachteile. Das Gebiet ist sehr komplex und es tauchen schwierige Fragen auf. Falsche Beurteilungen können grossen Schaden anrichten. Man muß daher versuchen, die Forschungseinrichtungen des ganzen Landes und die wissenschaftlichen Institutionen herauszuziehen. Sobald man dies aber tut, gibt es gar keinen anderen Weg mehr, als die allgemeine Aufbereitung und Deutung der Fakten einer Fachpresse zu übergeben. Spezielle Informationsinstitute, deren Ergebnisse nicht selbst veröffentlicht werden sollen, können dann auch nur noch spezielle Funktionen haben.

Solch eine Entwicklung scheint nun in den letzten Jahren innerhalb der Sowjetunion angebahnt worden zu sein. Die Fachpresse hat zum Unterschied zur vorhergehenden Zuständen eine relativ selbständige Stellung bekommen, in der ihr die Funktion zufällt, die Fakten

über das westliche Ausland aufzubereiten und Deutungen anzubieten, die dann durch Parteientscheidungen aufgenommen oder verworfen werden können. In dieser Richtung hat sich die Fachpresse versachlicht, ihre Interpretationen gehen oft über das hinaus, was aus einer rein kommentarischen Tätigkeit zu parteioffiziellen Äußerungen folgen würde. An welchen Stellen sich hierfür kennzeichnende Neuerungen oder aber auch Hemmungen ergeben, soll in dieser Untersuchung dargestellt werden.

Diese Entwicklung der Pressefunktionen in bezug auf die Meinungsbildung ist hingegen in der allgemeinen Presse nicht zu beobachten. Sie kann daher weiterhin als Transmissionsriemen der Parteimeinung aufgefaßt werden. Die Berichte über die Wirtschaftssituation im Westen bringen in der allgemeinen Presse so gut wie keine Information und daher auch keine Versuche, veränderten Fakten durch Uminterpretation überkommener theoretischer Vorstellungen gerecht zu werden. Ihre Methode ist am besten zu kennzeichnen als Darstellung von Stimmungsbildern, die an aus dem Zusammenhang gerissenen Einzeldaten anknüpfen. Der Unterschied zwischen der Fachpresse und der allgemeinen Presse läßt sich daher sehr gut mit Hilfe zweier Begriffe von Lenin kennzeichnen. Lenin unterscheidet nämlich zwischen Propaganda und Agitation. Danach geht die Tätigkeit der Propaganda innerhalb rationaler und theoretischer Untersuchungen vor sich, während die Agitation den Zweck hat, die Meinung von Massen zu bilden, wobei rationale Argumente möglichst vermieden werden sollen. In diesem Sinne verstanden, kann man von der allgemeinen Presse sagen, daß sie agitatorische Funktionen hat. Dazu ist allerdings immer anzumerken, daß diese wahrscheinlich etwas vereinfachende Unterscheidung hier nur in bezug auf die Berichterstattung über das westliche Ausland gemeint ist und nicht das Verhältnis von Fachpresse und allgemeiner Presse in der Sowjetunion überhaupt kennzeichnen soll.

In der folgenden Untersuchung wird die Stellung der Fachpresse im Mittelpunkt stehen. Die parteioffiziellen Äußerungen zur wirtschaftlichen Situation der westlichen Welt sind so allgemein gehalten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik so gut wie nie erwähnt werden. Soweit das ^{von} ~~den~~ über die Bundesrepu-

blik gesprochen wird, geht man nur auf die politischen Aspekte des Verhältnisses zur Bundesrepublik ein.

Die Fachpresse hingegen beschäftigt sich ausführlich mit wirtschaftlichen Problemen der Bundesrepublik. Daß in ihren Berichten immer wieder parteioffizielle Stellungnahmen hervorgehoben werden, entspricht nur dem ganzen Charakter der öffentlichen Meinung in der Sowjetunion. Aber hierauf soll nur soweit eingegangen werden, als dies für das Verständnis der Presseäußerungen notwendig ist. Was hierbei unter Fachpresse zu verstehen ist, kann nur durch eine Zusammenstellung der einzelnen durchgesehenen Zeitschriften gezeigt werden. Mit Ausnahme der "Ekonomičeskaja Gazeta" handelt es sich dabei durchweg um Zeitschriften, deren Auflage wahrscheinlich relativ niedrig ist und für die als Leser hauptsächlich Wissenschaftler, Journalisten und Spezialisten der Planungsorgane in Frage kommen. Für die tatsächliche Meinungsbildung innerhalb der Sowjetunion aber haben sie grundlegende Bedeutung, da sie neben Büchern die einzigen in der Sowjetunion veröffentlichten Informationsquellen über wirtschaftliche Probleme westlicher Länder sind.

Zur Durchsicht wurden dabei folgende Zeitschriften gewählt:

1. Mirovaja Ekonomika i Meždunarodnyje Otnošenija
2. Voprosy Ekonomiki
3. Planovoe Chozjajstvo
4. Vestnik Statistiki
5. Finansy SSSR
6. Den'gi i Kredit
7. Vnešnaja Torgovlja
8. Socialističeskij Trud
9. Trud i Zarabotnaja Plata
10. Ekonomičeskaja Gazeta
11. Kommunist

Die Buchliteratur im behandelten Zeitraum wurde nicht berücksichtigt. Neben diesen Zeitschriften sind jedoch noch die Berichte von zwei wissenschaftlichen Konferenzen herangezogen worden. Es handelt sich einmal um eine Ostberliner Konferenz zwischen sowjetischen und mitteldeutschen Wissenschaftlern, auf der zwei sowje-

tische Nationalökonomien grundlegende Referate hielten. Dies ist die Internationale wirtschaftswissenschaftliche Konferenz der Humboldt-Universität zu Berlin. (1.-4. Oktober 1958). Der Bericht ist erschienen unter dem Titel: Konjunktur-Krise-Krieg. Berlin 1959. Daneben wurde eine Konferenz berücksichtigt, die in Moskau ebenfalls zwischen mitteldeutschen und sowjetischen Wissenschaftlern etwa zum gleichen Zeitpunkt stattfand. Die Referate dieser Konferenz sind veröffentlicht unter dem Titel: Položenie i bor'ba rabočego klasa kapitalističeskich stran. Moskau 1959.

Diese beiden Konferenzen wurden berücksichtigt, weil in ihnen in etwas größerem Umfang auf das sogenannte Gesetz der Verelendung der Arbeiterklasse eingegangen wird, das ^{noch} in der sowjetischen Fachpresse im betrachteten Zeitraum etwas zurücktritt.

Die Hauptquelle innerhalb dieser Fachzeitschriften ist die Zeitschrift "Mirovaja Ekonomika. Regelmäßig finden sich darüber hinaus Berichte über die Bundesrepublik nur in "Vestnik Statistiki" und in den beiden Finanzzeitschriften "Den'gi i Kredit" und "Finansy SSSR". Die übrigen Zeitschriften bringen nur vereinzelte Artikel.

Neben der Fachpresse wurde noch die allgemeine Presse berücksichtigt. Dabei wurden die folgenden Tageszeitungen durchgesehen:

1. Pravda
2. Izvestija
3. Trud
4. Neue Zeit (Novoe Vremja)

Allerdings sind hier die Artikel, in denen man unmittelbar auf wirtschaftliche Probleme der Bundesrepublik eingeht, relativ selten. Es ist daher schon durch die Menge des zur Verfügung stehenden Materials bedingt, wenn wir die Fachpresse in den Mittelpunkt der Erörterungen stellen.

Die Charakterisierung der Art der Berichterstattung über die Bundesrepublik ist daher bezüglich der allgemeinen Presse notwendig unvollständig. Unter den hier durchgesehenen 4 Zeitungen findet sich eigentlich nur in "Novoe Vremja" dauernd und systematisch

eine Berichterstattung über die Bundesrepublik. Allerdings kann man diese Zeitschrift nur mit Vorbehalt als typisch für die Meinungen in der sowjetischen Massenpresse über die Bundesrepublik betrachten, da diese Zeitschrift gar nicht in erster Linie für die Sowjetunion gemacht wird. Sie ist eine internationale Zeitschrift, die in 8 verschiedenen Sprachen mit jeweils gleichlautendem Inhalt erscheint. Ihrer Funktion und ihrem ganzen Zuschnitt nach ist sie ^{jedem} für einen breiten Leserkreis bestimmt und auch die Art der Berichterstattung ähnelt derjenigen der sonstigen Massenpresse.

Die gesamte Berichterstattung über die Wirtschaft der Bundesrepublik, ob dies nun die Fachpresse oder die Massenpresse angeht, muß sich auf bestimmte Informationen stützen. Über die zugrundeliegenden Informationen und ihre Beschaffung ist daher noch einiges zu sagen. Die Massenpresse bezieht ihre Informationen offensichtlich entweder aus Korrespondentenberichten oder wieder aus der Fachpresse und den darin aufbereiteten Fakten. Die Fachpresse hingegen hat andere Quellen, die hier näher dargestellt werden sollen.

Die wichtigsten Quellen sind westdeutsche Veröffentlichungen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um offizielle Statistiken des Statistischen Bundesamtes, um Veröffentlichungen von wissenschaftlichen und sonstigen Instituten und Institutionen und um Artikel aus der Presse der Bundesrepublik. Es dürfte dabei von Interesse sein, die wichtigsten dieser Veröffentlichungen anzuführen.

In bezug auf das statistische Material bezieht man sich im allgemeinen auf das "Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland", auf "Wirtschaft und Statistik", die Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank und der sonstigen Kreditanstalten. Daneben ist noch öfters der Ifo-Schnelldienst erwähnt.

An Zeitungen und Zeitschriften wird dauernd bezug genommen auf das Bulletin der Bundesregierung, FAZ, Die Welt, Süddeutsche Zeitung. Das Nachrichtenmagazin "Spiegel" ist daneben eine offensichtlich gern verwendete Quelle. An Wirtschaftszeitungen ist erwähnt ~~hat~~ Volkswirt, Handelsblatt und Industriekurier.

Die eigentlichen Fachzeitschriften sind in diesem Zusammenhang viel seltener zitiert, was verständlich ist, da es in den von uns durchgesehenen Zeitschriftenartikeln hauptsächlich um die Interpretation von Fakten geht, wofür die eigentlichen wirtschaftlichen Fachzeitschriften der Bundesrepublik kaum als Quellen in Frage kommen. Generell haben wir ja Artikel der sowjetischen Presse, die über die Situation der Wirtschaftstheorie in der Bundesrepublik referieren, nicht berücksichtigt. Solche Artikel wären aber nur der Ort, an dem man eine Berücksichtigung der Fachzeitschriften der Bundesrepublik erwarten könnte.

Es ist sehr auffällig, daß sowjetische Autoren mitteldeutsche Quellen über die Situation der Bundesrepublik kaum berücksichtigen. Das gleiche gilt für die Linkspresse der Bundesrepublik. Beide werden nur im Zusammenhang mit der Behauptung der Verelendung der Arbeiterklasse in Westdeutschland zitiert. Als Quellen dienen dabei die Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Ost-Berlin und andererseits als westdeutsche Veröffentlichung die von V. Agartz herausgegebene WISO-Korrespondenz. Da aber in der Sowjetunion relativ selten über dieses Gebiet geschrieben wird, erfolgt auch selten ein Rückgriff auf diese Richtungen der Presse.

Diese Originalquellen werden in den sowjetischen Veröffentlichungen über die Wirtschaft der Bundesrepublik weitgehend benutzt. Man bemüht sich zunehmend, Faktenbehauptungen durch unmittelbaren Quellenachweis zu belegen. Daneben aber gibt es auch aufbereitete Quellen in russischer Sprache. Es handelt sich hierbei vor allem um Statistiken der kapitalistischen Länder. So findet sich im sowjetischen Statistischen Jahrbuch für 1960 (Narodnoe Chozjajetvo SSSR v 1960 godu) ein ganzer Abschnitt über den wirtschaftlichen Wettbewerb, in dem sowjetische Produktionsziffern mit entsprechenden Ziffern westlicher Länder verglichen werden. Hauptvergleichsländer nach der Häufigkeit ihrer Berücksichtigung sind dabei USA, England, Frankreich, Bundesrepublik. Umfassende Wertkennziffern werden nicht gegeben, wohl aber Produktionsziffern. Hauptbetonung liegt auf den Statistiken der Wachstumsraten, die in ganzseitigen Schaubildern berichtet werden. (S. 170-177).

Die Zahlenangaben, die vorgelegt werden, sind in bezug auf die westlichen Länder den offiziellen Statistiken entnommen. Ihre Veröffentlichung ist aber sachlich wertlos, da kein einziges mal die originären Quellen angeführt werden und jede Angabe über die Berechnungsmethode fehlt.

Neben diesem Statistischen Jahrbuch gibt es das Statistische Handbuch, das sich speziell mit kapitalistischen Ländern beschäftigt. Es heißt "Ekonomika kapitalističeskich stran posle vtoroj mirovoj vojny". Statističeskij sbornik. Moskau 1959. Leider war es uns nicht zugänglich, so daß wir nicht näher darauf eingehen können.

Von beiden statistischen Sammlungen gilt, daß in dem gesamten besprochenen Zeitraum kein einziger Artikel in der Sowjetpresse erschien, der sie als Quelle zitiert hätte. Dies scheint nachzuweisen, daß sie bei den sowjetischen Autoren selbst nicht als zitierungsfähig gelten, so daß diese sich unmittelbar an die Originalquellen halten.

Es gibt ~~allerdings~~ daneben Veröffentlichungen, die regelmäßig erscheinen und in ~~der~~ sachlicher Form die Fakten aus westlichen Ländern verarbeiten und aufbereiten. ^{aus} Diese ~~und~~ die Konjunkturberichte der Zeitschrift "Mirovaja Ekonomika", die als Beilage unter dem Titel "Ekonomičeskoe položenie kapitalističeskich stran" veröffentlicht werden. Sie erscheinen jährlich und haben in den letzten Jahren an Umfang dauernd zugenommen. Die letzte Nummer stammt vom August 1962 und es ist vielleicht an dieser Stelle von Nutzen, etwas ausführlicher auf diese Berichte einzugehen. Es handelt sich hier nämlich um ^{eine} die wichtigste Informationsquelle für jeden, der keine ausländische Sprache beherrscht und sich in der Sowjetunion ein Bild über aktuelle Wirtschaftsprobleme in irgendeinem kapitalistischen Land machen will.

In diesem Konjunkturbericht werden grundsätzlich nur Originalquellen verarbeitet. Er hat einen Umfang von etwa 150 eng gedruckten Seiten. Sein Inhalt kann im folgenden kurz zusammengefaßt werden:

Nach einer einleitenden Charakteristik der Konjunkturentwicklung in der kapitalistischen Welt (20 Seiten) wird die Konjunkturentwicklung der großen westlichen Industrieländer geschildert (50 Seiten). Dabei

werden 7 Länder herausgegriffen, und zwar ihrer Reihenfolge nach USA, England, Frankreich, Bundesrepublik, Italien, Kanada, Japan. Der Abschnitt über die Bundesrepublik umfaßt 7 Seiten. Darin werden Statistiken gebracht über die industriellen Wachstumsraten, Produktionsziffern von etwa 30 ausgewählten Gütern, Ziffern über die Investitionstätigkeit, über Aktienkurse und Dividenden und Angaben über die Entwicklung des Außenhandels.

Auf den Bericht über die Konjunktorentwicklung der Industrieländer folgt eine Darstellung der Verhältnisse der Entwicklungsländer (20 Seiten), wobei wieder sieben Länder herausgegriffen werden, der Reihenfolge nach Indien, Indonesien, Pakistan, Türkei, VAR, Argentinien, Brasilien. Darauf folgt ein Bericht über einzelne Warenmärkte, aufgeteilt nach Industrie- und Agrargütern (35 Seiten). Die letzten 25 Seiten bringen Abschnitte über den Außenhandel, die Zahlungsbilanzen, Finanzen und Rüstungsausgaben, Zinssätze und über die Lage der Arbeiterklasse. Der Bericht über die Lage der Arbeiterklasse ist sehr kurz (6 Seiten) und bringt Angaben über die Arbeitslosigkeit, Lohn und Lebenshaltung und Streikbewegungen.

Neben diesen Konjunkturberichten der Zeitschrift "Mirovaja Ekonomika" gibt es noch eine laufende Berichterstattung in "Den'gi i Kredit" über die Währungssituation in den wichtigsten westlichen Ländern. Hier wird mit wenigen Zeilen auf wesentlichste Punkte hingewiesen.

Dies sind ^{einige} ~~die~~ wichtigsten Quellen, die von den sowjetischen Autoren benutzt werden. Sie liegen den einzelnen Stellungnahmen und Aufsätzen zugrunde. Dabei wird von sowjetischen Autoren darauf hingewiesen, daß die Originalquellen der offiziellen Statistik der westlichen Länder nur mit Vorsicht zu gebrauchen seien, da diese Statistik apologetischen Charakter habe. Aber diese Hinweise sind nicht sehr häufig und sie wirken sich bei der Interpretation mit gewissen Ausnahmen überhaupt nicht aus. Die Ausnahmen beziehen sich auf Gebiete, die für die Sowjetideologie besonders relevant sind, nämlich auf die statistischen Angaben über die Klassenstruktur, über die Reallohnentwicklung und den Lebensstandard und im Zusammenhang damit über die Verteilung des Volkseinkommens. Aber auch hier wird auf die offiziellen Daten zurückgegangen mit der Bemerkung ~~allerdings~~, daß sie nur als Annäherungen gelten können und ständig korrigiert werden müssen. ^{Siehe} hier ist

ja - wie bereits bemerkt - auch das Gebiet, in dem Quellen aus der Linkspresse der Länder des Westens auftauchen und auf Angaben aus Mitteldeutschland zurückgegriffen wird.

Wir haben damit die Art der Berichterstattung, die wichtigsten Informationsquellen und das System der Information kurz charakterisiert, so daß wir in den folgenden Abschnitten dieser Untersuchung diese allgemeinen Grundzüge voraussetzen ~~können~~ und die Darstellung auf die einzelnen Themenkreise beschränken können.

2. Die Bundesrepublik innerhalb der westlichen Welt. Verhältnis zu den USA und Stellung in der EWG.

Stellungnahmen sowjetischer Autoren zur sogenannten kapitalistischen Welt betrachten es immer als eine wichtige Aufgabe, die Widersprüche herauszufinden, die die kapitalistische Entwicklung treiben. Dabei ergibt sich eine Schwierigkeit. Man spricht zwar vom kapitalistischen Weltssystem als Ganzem, leugnet aber die Einheitlichkeit des Kapitalismus und behauptet, daß es für kapitalistische Staaten notwendig unmöglich sei, die zwischen ihnen herrschenden Widersprüche zu lösen. Man geht sogar noch weiter, indem man von der ständigen Verschärfung der Widersprüche zwischen den Ländern spricht, die einem Kulminationspunkt zustreben, an dem das kapitalistische System auseinanderbricht. Die sowjetische Theorie über den Kapitalismus ist insofern eine Katastrophentheorie. Je mehr aber darauf verzichtet wird, die Katastrophe in unmittelbarer Zukunft zu erwarten, um so seltsamer muß es anmuten, daß man dauernd sich verschärfende Widersprüche entdecken will. Denn die dauernde Verschärfung von Widersprüchen wird unglaublich, wenn sie sich über Jahrzehnte und schließlich Jahrhunderte hinzieht, ohne daß die Katastrophe eintritt. Die Theorie von den sich verschärfenden Widersprüchen wird dann selbst widersprüchlich und offenbart ihre eigene Widersprüchlichkeit.

In dieser Situation ist die sowjetische Theorie des Kapitalismus heute. Wie sie sich daraus zu lösen versucht, kann in diesem Abschnitt etwas ausführlicher gezeigt werden.

Mendelson¹ zeigt die konkrete Situation auf. Er behauptet, daß sich im Verhältnis zwischen den USA und den übrigen kapitalistischen Ländern die Widersprüche dauernd verschärfen und der Konkurrenzkampf immer unerbittlicher wird, während andererseits diese Länder sich um ihren gefährlichsten Konkurrenten - nämlich die USA - vereinigen, um so als imperialistischer Block gegen die sozialistischen Länder und zur Verteidigung des Kolonialsystems vorzugehen zu können. Er sieht also auf der einen Seite verschärfte Widersprüche, daneben aber die Organisation eines einheitlichen Blocks. Offensichtlich ist es schwierig, beides zu vereinbaren.

Dies hat daher auch zu der Diskussion darüber geführt, wie groß die Abhängigkeit der übrigen kapitalistischen Länder - insbesondere Westeuropas - von den USA sei. So betont z.B. Menžinski mehr die Unabhängigkeit der westeuropäischen Länder von den USA, um eine dauernde Verschärfung der Gegensätze zwischen den Monopolen behaupten zu können. Aber nach Molčanov ist dies nicht richtig². Vielmehr besteht danach die Abhängigkeit noch sehr stark, z.T. als Folge des Kolonialismus (Algerienfrage), aber auch über die NATO, in der die USA die absolute Führung haben. Dies wiederum ist von Molčanov nicht so gemeint, als ob die tatsächlichen Gegensätze geringer wären als Menžinski sie darstellt. Vielmehr ist es bei ihm gerade der Druck, den die USA zur Erhaltung ihrer Führung ausüben, der die Widersprüche dauernd verschärft. ^{keinerseits} ~~wie~~ wird also die These selbst betritten, daß es sich tatsächlich um Verschärfung von Widersprüchen handelt.

Es gibt jedoch Versuche sowjetischer Autoren, sich aus dieser starren und sinnlosen Alternative zu lösen. Sie gehen dahin, die tatsächliche Führungsstellung der USA auf wirtschaftlichem Gebiet durch sachliche Argumente zu begründen und zu zeigen, daß die USA ganz natürlich aufgrund ihrer stärkeren industriellen Entwicklung zu einem Muster der weiteren Entwicklung der industriellen Länder Westeuropas werden, etwa im Sinne des Marx'schen Wortes, daß die schwächer entwickelten industriellen Länder in den am weitesten fortgeschrittenen Ländern das Bild ihrer eigenen Zukunft vor Augen haben. Ganz in dieser Richtung argumentiert Višnev³. Er interpretiert die Entwicklung Westeuropas nach dem 2. Weltkrieg als eine Annäherung an Lebensformen, die in den USA bereits vorgebildet sind. Er zeigt zuerst eine Annäherung der westeuropäischen Industriestruktur an die Industriestruktur der USA.⁴ Hauptmoment dafür sei die Motorisierung. Die Autoindustrie sei in England, Frankreich und der Bundesrepublik einer der am stärksten expandierende Industriezweige. 1957 wurden erst 1 Million Kraftwagen produziert, 1958 bereits 5 Millionen. Dies hat nach Višnev einen grossen Einfluß auf die gesamte Lebensweise. Auf einmal werden Autostraßen sehr wichtig, aber man ist im Bau dieser Straßen noch weit hinter den USA zurück. Auch ist der Wagenpark relativ zu den USA noch wesentlich kleiner (auf 100 Einwohner: USA 30, Westeuropa weniger

als 10 Kraftwagen). Aber der Prozeß geht sehr schnell vor sich. Auch die übrigen Verkehrsträger werden modernisiert, die Transporte auf Erdöl und Elektrizität umgestellt. Die Kohle tritt als Energieträger zurück, obwohl sie weiterhin Hauptgrundlage für die Erzeugung von Elektrizität bleibt.

Daneben entwickeln sich schnell neue Industriezweige, die in den USA schon grosse Bedeutung hatten. Dies gilt insbesondere für die chemischen Industrien. Gleichzeitig wird die Konsumstruktur verändert. Im persönlichen Konsum sinkt der Anteil von Nahrungsmitteln und Bekleidung, langlebige Konsumgüter werden zunehmend wichtig. Die Arbeitsproduktivität steigt schnell an und hat eine höhere Wachstumsrate als in den USA, obwohl sie ihrer absoluten Höhe nach noch stark dahinter zurückbleibt. Ebenfalls schreitet die Mechanisierung der Landwirtschaft schnell fort. Višnev spricht sogar davon, daß sei einen Sprung gemacht habe. 1938 hatte man insgesamt 260.000 Traktoren, 1956 etwa 2 Millionen. Dies eröffnet der Maschinenindustrie einen weiten Markt. Die Kaufkraft der Landwirtschaft sei gestiegen, obwohl die landwirtschaftliche Bevölkerung kleiner geworden ist.

Dies sind die wesentlichen Parallelen, die Višnev zwischen den USA und Westeuropa zieht. Als Unterschied zwischen beiden hebt er die Zersplitterung der Märkte in Europa als Folge der nationalen Zersplitterung hervor. Ein Urteil über die zukünftigen Aussichten gibt er mit der Begründung nicht ab, daß angesichts der neuerlichen Aufspaltung zwischen EWG und kleiner Freihandelszone hier noch nichts bestimmtes ausgesagt werden könne.

Als weiteren Nachteil Westeuropas weist er auf die ungünstigeren natürlichen Ressourcen hin (z.B. Kohlenlager). Das landwirtschaftliche Gebiet pro Kopf sei zudem kleiner, was nur durch intensivere Ausnutzung auszugleichen ist. Hingegen sei die größere Bevölkerung ein Vorteil. Da auch Spezialisten sehr zahlreich seien, stoße das Wachstum praktisch nicht auf einen Mangel an Arbeitskräften. Daß es zahlreiche Spezialisten gebe, begründet Višnev damit, daß selbst amerikanische Monopols ihre Spezialisten aus Westeuropa holen. Überhaupt sei die westeuropäische Wissenschaft auf vielen Gebieten den USA voraus. Dem allgemeinen Reichtum an Arbeitskräften stände aber die Existenz von Gebieten mit Massenarbeitslosigkeit als Schattenseite gegenüber, wobei Višnev besonders Spanien, Süditalien, Belgien und Dänemark erwähnt.

Višnev weist dann darauf hin, daß der Entwicklungsstand der west-europäischen Länder wesentlich weniger ausgeglichen sei als dies in den USA der Fall ist. Er unterscheidet 3 Gruppen von Ländern:⁶

1. Länder mit hohem Lebensniveau (900-1200 Dollar durchschnittliches Jahreseinkommen): England, Frankreich, Bundesrepublik, Schweiz, Schweden, Niederlande, Belgien, Norwegen und Dänemark.
2. Länder mit mittlerem Lebensniveau (600-800 Dollar): Italien, Österreich, Finnland.
3. Länder mit niedrigem Lebensniveau (unter 500 Dollar): Irland, Spanien, Portugal, Griechenland.

Das Wachstum selbst sei ungleichmäßig, in den armen Ländern sogar besonders langsam, so daß sich die Unterschiede laufend vergrößern. Aber es gibt auch Wachstumsunterschiede innerhalb der einzelnen Gruppen. Višnev weist hierbei auf den Unterschied der wirtschaftlichen Wachstumsraten zwischen Bundesrepublik und England hin und begründet die langsame englische Expansion mit den hohen ausländischen Verpflichtungen, den Rüstungslasten und dem langsameren Anstieg der Arbeitskräftezahl. Gleichzeitig gebe es in England keine bedeutende staatliche Aktivität zur Anregung einer wirtschaftlichen Expansion.

Die Bedeutung der Integrationsbemühungen, besonders der EWG, sieht nun Višnev darin, daß diese Unterschiede zwischen den Ländern beseitigt werden können. Einerseits können die riesigen Kapazitäten im engen nationalen Rahmen nicht mehr existieren, andererseits ist ein Entwicklungsausgleich notwendig. Dies sei die objektiv-sachliche Basis der Integrationsbemühungen, wobei Višnev noch betont, ideologische Ursachen der Integration nicht abstreiten zu wollen. Er erwähnt dann noch die Pläne, einen alle NATO-Länder umspannenden Gesamtmarkt zu schaffen, ohne darauf näher einzugehen.

Zum Schluß aber folgt eine Bemerkung, die eigentlich zu dem Gesamtzusammenhang der vorherigen Ausführungen nicht paßt. Višnev sagt dort, daß die Integration Europas tatsächlich auf objektive Tendenzen zurückgeht, bezweifelt aber, daß der gebrechliche

Kapitalismus diese Aufgabe lösen könne.⁸ Darin deutet sich ein Streitpunkt an, der in der sowjetischen Beurteilung der Integration eine wichtige Rolle spielt. Es ist nämlich etwas völlig anderes, sachlich begründete Zweckmäßigkeiten als Grund für politische Entwicklungen anzuführen oder die politische Entwicklung als Ergebnis der guten oder bösen Absicht einzelner Gruppen der Bevölkerung darzustellen. Das letztere aber spielt in der sowjetischen Beurteilung der kapitalistischen Welt eine besondere Rolle.

Der folgende Artikel von Lenin⁹ kann zeigen, wie sich bei solcher Betrachtungsweise das Bild von der kapitalistischen Welt verwandelt. Lenin betont durchaus noch, daß der westeuropäischen Integration objektive Tendenzen zugrunde liegen,¹⁰ aber er bezieht schon andere Momente in die Betrachtung ein, die bei Visnev völlig ausfielen. Die EWG usw. bekommt damit den Charakter eines Komplotts, einer Verschwörung von Monopolen, die sich gegen die Gefahr einer sozialistischen Revolution zur Wehr setzen wollen.¹¹ Dies ist ein Gesichtspunkt, der dann in den anzuführenden Kommentaren der Massenpresse alles beherrscht und die objektiv-sachlichen Tendenzen entweder leugnet oder völlig in den Hintergrund treten läßt.

Lenin weist gleich zu Anfang darauf hin, daß Integrationen wie die EWG besonders im Anfangsstadium, sofern die objektiven Voraussetzungen gegeben sind, zur Förderung der wirtschaftlichen Aktivität führen können. Allerdings sei die EWG nicht der Hauptgrund für die schnelle Expansion der 50er Jahre. Dies zeige bereits das Beispiel Japans, wo ohne jede Integration die Expansion sehr stark war.

So wachsen mit der Integration neue Widersprüche zwischen den integrierten Teilen heran. Ein neuer Marktkampf innerhalb der größeren Einheit setzt ein, zugleich beginnt eine Fortsetzung des Protektionismus mit anderen Mitteln. Es gibt Auseinandersetzungen über den Zeitpunkt der Tarifsenkungen für Zölle, über Termine für die Vereinheitlichung der Tarife nach außen, Auseinandersetzungen um offene und versteckte Diskriminierungen, um Exportförderungen und Subventionen, über die Schaffung ungünstiger Transportbedingungen für Konkurrenten usw.¹²

Die schärfsten Auseinandersetzungen ergaben sich nach Lenin um die Landwirtschaft, deren Gewicht in den einzelnen Ländern verschieden sei. In allen Ländern der EWG jedoch befinde sich die Landwirtschaft in einer Krise und obwohl alle Länder Subventionen geben, verelende die Bauernschaft. Sobald nun ein einheitliches Preisniveau, völlige Marktfreiheit für Agrargüter und eine allgemeine Agrarpolitik geschaffen werden soll, ergeben sich völlig verschiedene Interessen der einzelnen Länder. Erst 1962 gelang daher ein Kompromiss, der eine Übergangsperiode von 7 1/2 Jahren vorsieht.

Innerhalb der EWG wurde allerdings zur Überwindung solcher Zwistigkeiten das übernationale Element verschärft, so daß für die Lösung vieler Fragen nicht mehr Einstimmigkeit, sondern qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Aber gleichzeitig ergeben sich neue Widersprüche zu den westeuropäischen Ländern außerhalb der EWG, besonders zu den Ländern der kleinen Freihandelszone. Ursprünglich hatte sich England gegen die EWG gewehrt und eine allgemeine europäische Freihandelszone vorgeschlagen. Nach der Schaffung der EWG gründete England dann als Gegengewicht die kleine Freihandelszone. Diese Freihandelszone ist nach Lenin wesentlich amorpher als die EWG. Sie strebt nicht wie die EWG eine Mobilität von Menschen und Kapital an, keine einheitlichen Zolltarife der Mitglieder nach außen und hat keine übernationale Funktionen.¹³

Soweit ^{ist} ~~viel~~ statt einer Integration Europas alles in zwei sich bekämpfende Machtblöcke auseinander^{schle} ~~Lenin~~ untersucht dann die Gründe für die 'völlige Kapitulation' Englands gegenüber der EWG.¹⁴ Er verweist zuerst auf einen Vergleich der Industriepotentiale zwischen der EWG und der kleinen Freihandelszone, bei dem sich eine völlige Überlegenheit der EWG zeigt. Er vergleicht dann das Industriepotential Englands als führender Macht der kleinen Freihandelszone mit dem Potential der Bundesrepublik, die Lenin als die führende Macht der EWG betrachtet. Er weist darauf hin, daß zwar die Höhe des Naticanprodukts pro Kopf etwa gleich groß sei, aber in den entscheidenden Zweigen der Industrieproduktion (Stahl und Automobilproduktion) und in der Exportlage eine Überlegenheit der Bundesrepublik bestehe.

Neben dieser Überlegenheit des industriellen Potentials bezeichnet Lemin einige andere Faktoren rein wirtschaftlicher Art. So sei der Innerblockhandel der EWG relativ höher als in der kleinen Freihandelszone, und ebenfalls bestehe eine stärkere Handelsabhängigkeit der kleinen Freihandelszone gegenüber der EWG als umgekehrt. Lemin schließt aus alledem, daß England und die kleine Freihandelszone einen Wirtschaftskampf nicht hätte bestehen können.

Lemin aber hält diese wirtschaftlichen Gründe nicht für völlig entscheidend und weist daher noch auf die Rolle politischer Faktoren hin. Für besonders wichtig hält er den Druck der USA, der ausgeübt werde, weil die imperialistischen Kreise der USA und Englands als Folge der wirtschaftlichen Kluft eine politische Spaltung der NATO und damit ein Auseinanderfallen der antisozialistischen Front fürchten. Eine Vorhersage jedoch versucht Lemin nicht, sondern weist nur darauf hin, daß der Beitritt Englands die EWG zu einem wesentlich widersprüchlicheren und komplizierteren Gebilde machen müsse als sie es jetzt schon ist. Von dieser Analyse der zugrundeliegenden Faktoren aus geht Lemin dann zu einer Interpretation der Integrationsbemühungen über. Die Stellungnahme der USA zur europäischen Integration begründet Lemin damit, daß die USA für die Ost-West-Auseinandersetzung einen starken Partner benötigen. Obwohl die USA daher zunehmend in der EWG einen Konkurrenten sehen, unterstützen sie die Einigung Europas.¹⁵

Die Integration selbst ist nach Lemin ein System der Stärkung der Monopole im europäischen Kapitalismus, eine neue Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Als politische Kraft unterliegt ihr die monopolistische Verbindung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik als wirtschaftliche Basis der Achse Bonn-Paris.¹⁶

Allerdings sind Montanunion, EWG, EURATOM keine Monopole alten Typs, die bestimmte Märkte beherrschen oder aufteilen, Preise vereinheitlichen usw. wollen. Es geht um einen Zusammenschluß, der nicht durch die Monopole selbst, sondern durch den Staat vorgenommen wird. Dieser Staat wiederum ist durch die Monopole be-

herrscht. Aber er kann nicht das Interesse jedes einzelnen Monopols repräsentieren, denn diese Interessen können sich widersprechen. Der Staat repräsentiert daher die Interessen der mächtigsten Monopole oder ihre Interessen im Durchschnitt. Dabei kann er sich durchaus offen gegen die Interessen einzelner Monopole wenden, wie dies bei der Gründung der Montanunion in bezug auf den französischen Bergbau geschah.¹⁷

Die Hauptinteressen dieser Monopole richten sich gegen die Arbeiter im eigenen Land und die friedliebenden Kräfte besonders gegen das sozialistische Lager. Bei der Verfolgung dieser Interessen sei es daher wichtig, durch eine Integration Europas eine noch engere Fusion zwischen Staaten und Monopolen herzustellen. Dies solle dazu dienen, nach Verwirklichung einer allgemeinen Mobilität der Arbeitskräfte eine Lohnnivellierung erfolgen zu lassen, bei der sich der Lohn beim niedrigsten europäischen Niveau einspielen solle. Nach außen hin wolle man neben den anti-sozialistischen Absichten mit Hilfe der EWG neokolonialistische Pläne verfolgen. Lemin wirft hier der Bundesrepublik vor, auf dem Umweg über eine Erweiterung der EWG zu den afrikanischen Ländern hin sich in den ehemaligen Kolonien der übrigen EWG-Länder einzunisten zu wollen.¹⁸

Lemin stellt dann noch die Frage, wem die Gründung der EWG die größte Macht zuspießt und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß bisher die Hegemonie bei Frankreich und der Bundesrepublik liege. Die allgemeine Tendenz hingegen gehe darauf hin, daß der westdeutsche Imperialismus in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die übrigen EWG-Länder beherrscht.¹⁹

Zusammenfassend könnte man die Meinung Lemins zur europäischen Integration etwa folgendermaßen wiedergeben: Die europäische Integration geht auf objektive Tendenzen zurück. Sie ist nicht als solche zu verurteilen, zu verurteilen ist vielmehr nur die monopolistisch-kapitalistische Form, in der sie sich vollzieht. Sie führt daher faktisch zu einer steigenden Ausbeutung der Arbeiter und zur Hegemonie der stärksten Wirtschaftsmacht, nämlich der Bundesrepublik.

Diese Meinung Lemins ist aber anders als die meisten Stellungnahmen, die aus der Massenpresse bekannt sind. Lemin stellt noch sachliche Zweckmäßigkeiten in den Mittelpunkt seiner Analyse, so daß die Kritik in der Hauptsache nur die Form betrifft, innerhalb der sie verwirklicht werden. In der Massenpresse hingegen wird entweder die Existenz solch sachlicher Zweckmäßigkeiten überhaupt geleugnet oder doch völlig in den Hintergrund gedrängt, so daß die ganze Integrationsbewegung ein willkürliches Handeln von Monopolisten zu sein scheint.

Es geht dabei mit den sowjetischen Interpretationsschemata eine bemerkenswerte Änderung vor sich. Diese werden ja begründet durch den historischen Materialismus. Dieser beinhaltet einen weitgehenden Objektivismus bei der Interpretation politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Diese Entwicklungen sollen nicht begreifbar sein als das Ergebnis subjektiver Willkür, sondern als Verwirklichung sachlich bestimmter Zweckmäßigkeiten in politischen und gesellschaftlichen Formen. Eine politische Bewegung gilt daher nur dann als erklärt, wenn ihre sachliche Grundlage - und dies heißt im historischen Materialismus immer ihr Verhältnis zur Entwicklung der Produktivkräfte - aufgezeigt wird. Als grundlegende gesellschaftliche Form, innerhalb der die Produktivkräfte entwickelt werden, gilt dabei die Klassenstruktur. Je mehr nun die Sowjets zur Meinung übergehen, daß der heutige Kapitalismus verfault und keine eigene Kraft zur Entwicklung neuer Produktivkräfte habe, um so weniger sind sie noch in der Lage, die sachlichen Grundlagen zu analysieren, denen eine sich wandelnde westliche Gesellschaftsstruktur gerecht zu werden versucht. Man bestreitet ja die sachliche Grundlage überhaupt. Der historische Materialismus schlägt als Folge davon in sein Gegenteil um. Er führt politische Entwicklungen nicht mehr auf sachliche Notwendigkeiten zurück, für die die Gesellschaftsstruktur die Form abgibt, sondern unmittelbar auf die Gesellschaftsstruktur selbst. Es genügt daher auf einmal, als "materielle Basis" von politischen Bewegungen ihr Klassenstruktur nachzuweisen, man beschränkt sich darauf, ein Klasseninteresse für gesellschaftliche Veränderungen verantwortlich zu machen. Der historische Materialismus wird damit aber zu einem

ganz extremen Subjektivismus. Eine verfaulende kapitalistische Gesellschaft, die eigentlich schon abgestorben sein müßte, hält sich dieser Auffassung zufolge deshalb, weil sie von einem Klasseninteresse getragen wird. Die Wirklichkeit soll aus subjektiver Willkür, aus schlechtem Willen oder durch Personifizierungen von Gedanken, Meinungen und Wünschen von Gruppen, die ihren Willen durchsetzen wollen, erklärt werden. Der Kapitalismus erhält sich nach dieser Anschauung nicht etwa deshalb, weil er eine bestimmte wirtschaftliche Zweckmäßigkeit hat und weil er seine Leistungsfähigkeit bewährt, sondern er erhält sich, weil er sich erhalten will. Es wäre aber gerade zu erklären, wieso er sich erhalten kann und man erfährt von den Sowjets immer nur, daß er dies kann, weil er es will. Der historische Materialismus wird in dieser Weise eine leere Tautologie, eine ganz sinnlose Aussage. Zu einer Tautologie, die Marx gerade vermeiden wollte und die Marx immer seinen Gegnern ironisch vorwarf: Die Armut kommt von der Pauperté. Genau in diese Tautologie kommt der historische Materialismus hinein, sobald er gesellschaftliche Bewegungen auf das Klasseninteresse zurückführt.

Das Bild des Kapitalismus, das dabei herauskommt, ist ganz unglaubhaft. Es ist nicht das Bild einer Gesellschaft, die durch dauernde institutionelle Anpassungen Schwierigkeiten überwindet und dadurch in der historischen Zeit fortschreitet, sondern das Bild einer Gesellschaft, die durch Widersprüche hin und hergerissen wird, ständig ihre Widersprüche notdürftig übertüncht und von einer Angst in die andere taumelt. Sie kann jeden Tag zusammenbrechen und es ist nur der Zufall, der sie bis zum Zeitpunkt ihres endgültigen Sterbens erhält. In diesem trüben Sumpf entstehen finstere Machenschaften, Komplote, klerikale und faschistische Verschwörungen, durch die sich zwielichtige Personen gegen alle gesellschaftlichen Interessen an der Macht halten.

T In welcher Form dieses Bild des Kapitalismus entwickelt wird, kann an einem Artikel aus "Trud" gezeigt werden, der von Ljubimova²⁰ stammt. Danach ist die EWG ein wirtschaftliches Anhängsel des NATO-Blocks und ein Werkzeug zur Verstärkung der imperialistischen Ausbeutung der Werktätigen. Sie ist notwendig geworden, weil

die Monopole der einzelnen Länder nicht mehr fähig sind, allein gegen die unüberwindliche Bewegung der Volksmassen für Frieden, Demokratie und Sozialismus aufzukommen. In der EWG sehen daher die Monopole ein Mittel, sich gegen die antimonopolistische, demokratische Bewegung zu sichern. Parallel zur Integration gehe eine politische Reaktion vor sich. Die Gesetzgebung werde arbeiterfeindlich, die Rechte der Gewerkschaften eingeschränkt, die Kommunistischen Parteien als Vortrupp der Arbeiterklasse verfolgt. Der tatsächliche Führer dieser Reaktion ^{sei} ist die Bundesrepublik, ein Land mit reaktionärem, militaristisch-klerikalem Regime. Gerade für die westdeutschen Monopole nämlich komme es darauf an, mit Hilfe der EWG die aus der DDR hereindringenden sozialistischen Ideen zu neutralisieren. Die EWG sei daher eine Heilige Allianz der reaktionären Kräfte gegen die Arbeiterklasse.

Aber die Gegensätze zwischen den Monopolen seien dadurch nicht beseitigt. Man versuche, sie möglichst vorteilhaft zu beheben, indem man mit Unterstützung des Staates die Lohn- und Sozialkosten senkt. Dies versucht Ljubimova, ausgehend von dem Inhalt des Vertrags von Rom vom 25. März 1957, zu zeigen. In diesem Vertrag sei vorgesehen, die Sozialgesetzgebung und die Löhne zu vereinheitlichen und einen freien Verkehr der Arbeitskräfte zu begründen. Die sozialen Verhältnisse in den einzelnen Ländern aber seien äußerst verschieden. In bezug auf den realen Stundenlohn stehe die Bundesrepublik und England an der Spitze, gefolgt von Belgien, Frankreich, Italien und Holland. Die Sozialfürsorge betreffend aber stehe Frankreich vorn, was Ljubimova als Folge des Volksfont-Regimes erklärt. Auch in bezug auf die Finanzierung der Sozialleistungen bestehen wichtige Unterschiede. So sei z.B. in der Bundesrepublik der direkte Lohnabzug am höchsten.

Die Monopole aber betrachten die Vereinheitlichung immer im Namen der Konkurrenzfähigkeit als eine Vereinheitlichung auf dem niedrigsten Stand. Man leite dies heute schon durch ein Programm über das Einfrieren der Löhne und Sozialaufwendungen ein. Es sei inzwischen zum Prinzip der Staatspolitik aller EWG-Länder geworden gegen Lohnerhöhungen Widerstand zu leisten. Da tatsächlich eine

Inflation vor sich gehe, bedeute dies die Absicht, die Löhne positiv zu senken. Das Argument, daß die Lohnerhöhungen ursächlich mit der Inflation verbunden seien und daher eine Verlangsamung der Lohnsteigerungen auch die inflationäre Tendenz stoppen könne, wird ohne Begründung abgelehnt. Andere Methoden der Lohnsenkung wiederum ergäben sich als Folge der Komplizierung des Entlohnungssystems (z.B. analytische Arbeitsplatzbewertung in der Bundesrepublik).²¹

Die Arbeiterklasse aber kämpft. Streiks breiten sich aus, die aus wirtschaftlichen Gründen beginnen, sich dann aber zu politischen Streiks auswachsen. Die Arbeiterklasse Italiens stehe dabei an der Spitze, eine ähnliche Verschärfung sei in England zu bemerken. Auch in der Bundesrepublik werden die Verhältnisse zwischen Monopolkapital und Arbeiterschaft immer angespannter.

Aber gefährlicher als die Lohnsenkungen als Folge der EWG sei für die Arbeiterklasse Europas die politische Einigung. Sie richte sich nach außen gegen die sozialistischen Länder, nach innen gegen die demokratischen Kräfte. Immer mehr reife die Notwendigkeit von Aktionen der Arbeiterklasse heran und es bestehe kein Zweifel, daß das Bündnis aller friedliebenden Kräfte mit der Arbeiterklasse an der Spitze den Monopolen erfolgreich Widerstand leisten könne.

Mit diesem Ausblick schließt der Artikel ab. Es zeigt sich damit, daß hier offensichtlich auf jede Analyse von sachlichen Zweckmäßigkeiten verzichtet wird und einfach nur eine bestimmte Entwicklungslinie denunziert wird. Einen ähnlichen Stil zeigen eigentlich alle Darstellungen des Integrationsproblems in der Massenpresse, aber auch eine große Artikelserie, die im Jahre 1962 in der "Ekonomičeskaja Gazeta" erschien.²²

Allerdings ist eine solche Kritik, wie sie in diesem letzten Artikel von Ljubimova geübt wird, völlig steril. Sie ist auch nur möglich, weil über einen Tatsachenkomplex gesprochen wird, der völlig außerhalb des Erfahrungsbereiches der angesprochenen Leserschaft liegt. Begreifbar wird sie nur, wenn man sie in ihrer Funktion einer ideologischen Abschirmung erfaßt, die eine Infor-

mation gerade verhindern soll.

Für eine kommunistische Propaganda in Richtung auf die Bevölkerung der EWG-Länder muß sie daher völlig unwirksam sein, da hier eine Leserschaft gegeben ist, die das Phänomen selbst kennt. Es ist daher auch nicht Überraschend, daß gerade aus Kreisen der europäischen kommunistischen Parteien eine Umorientierung der Agitation angestrebt wird, die eine Loslösung von der absoluten Sterilität einer rein negativen Kritik bringen soll. Nach neuesten westlichen Pressemeldungen (Welt 10.9.62) soll dies auch zum Erfolg geführt haben, so daß man für die Zukunft erwarten kann, daß auch die Agitation der Massenpresse sich ändert. Als Richtung dieser Änderung bietet sich die Konzeption an, die an Hand des Aufsatzes von Lemin bereits referiert worden ist. Übernehmen die Sowjets sie, so müßte man in Zukunft mehr Wert auf die Darstellung der Integration als einer Folge objektiver und positiver Tendenzen legen. Die Richtung der Kritik aber würde dann mit der Behauptung festgelegt werden, daß diese positiven Tendenzen durch monopolistische und imperialistische Kräfte mißbraucht und fehlgeleitet werden.

3. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Wachstum, Krisen, Konjunktur. Die Militarisierung der Wirtschaft.

Wir hatten bisher nur gezeigt, wie das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Sowjetpresse gesehen wird. Tauchte hierbei immer wieder die Behauptung auf, daß die Bundesrepublik sowohl der Hauptverbündete der USA als auch führende Mächte innerhalb der Europäischen Einigung ist, so geht diese Meinung der sowjetischen Presse auf die Beurteilung der tatsächlichen Wirtschaftslage in der Bundesrepublik zurück. Die Bundesrepublik wird darin als das Land beschrieben, das unter allen europäischen Ländern die stärkste Wirtschaftsexpansion erlebt hat. Zugleich werden alle negativen Tendenzen, die in der europäischen Integration hereininterpretiert werden, in der Wirtschaft der Bundesrepublik in besonderem und ~~verstärktem Ausmaß~~ ^{abw. die} wiedergesucht. Daher geht ^{man} mit ^{den} Aussagen einer ^{mit} besonders ^{stark} wirtschaftlichen Expansion immer ^{zusammen} der Behauptung ^{zusammen}, daß diese Expansion durch besonders scharfe Ausbeutung der Werkstätigen finanziert, durch ein besonders enges Verhältnis von Staat und Finanzkapital ermöglicht und durch einen besonders hohen Grad monopolistischer Machtkonzentration charakterisiert sei.

Die nähere Analyse all dieser Momente soll in den folgenden Teilen dieser Untersuchung gezeigt werden. Wir gehen dabei zuerst von der Darstellung der tatsächlichen Expansion aus. Im Mittelpunkt steht die Bestimmung der wirtschaftlichen Wachstumsraten, insbesondere der Wachstumsraten der Industrieproduktion und der Arbeitsproduktivität. Ebenfalls wird über die Wachstumsraten und Produktionshöhe einzelner ausgewählter Produkte berichtet. Diese Berichterstattung kann an zwei Artikeln gezeigt werden. Es handelt sich dabei einmal um einen Bericht über die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft im Jahre 1961, ²³ zum anderen um einen Bericht über die Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahres 1962. ²⁴ Wir werden den Inhalt als Beispiel kurz ^{mit} referieren, als er sich auf die Bundesrepublik bezieht.

Danach war für das Jahr 1961 eine Verlangsamung der Wachstumsraten der Industrieproduktion charakteristisch. In der zweiten Jahreshälfte seien sie nur halb so groß wie in der ersten gewesen. Teilkrisen im Kohlenbergbau hielten an, die Zahl der Beschäftigten ging im Kohlenbergbau weiter zurück. Ebenfalls verschlechterte sich die Situation der metallverarbeitenden Industrie und der Textilindustrie, während die chemische Industrie steigende Wachstumsraten aufweise. Insgesamt sei die konjunkturelle Anspannung zurückgegangen, während ebenfalls der Umfang neuer Aufträge aus dem In- und Ausland absank. Im Zusammenhang mit dem Abfluß 'heißen Geldes' und vorzeitiger Schuldentrückzahlung seien die Valutareerven der Bundesbank gesunken.

Der Verfasser weist dann auf einen Anstieg der Rüstungsausgaben hin, die von 11 Milliarden auf 15 Milliarden erhöht worden seien. Er prophezeit dann wirtschaftliche Schwierigkeiten und deutet die Stagnation der Stahlindustrie als ein bedenkliches Zeichen für die westdeutsche Konjunktur.

Der Bericht über die konjunkturelle Situation in der ersten Hälfte des Jahres 1962 ist ähnlich, enthält sich aber aller Urteile über die weitere Wirtschaftsentwicklung. Als Grundzüge der Entwicklung wird die Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums und des Handels in der gesamten kapitalistischen Welt, die schlechte Lage von Dollar und Pfund, die Ausweitung der Preisschere zwischen Industriegütern und Rohstoffen und die Schwächung der Kaufkraft der Entwicklungsländer erwähnt.²⁶

In der Bundesrepublik liege das Wachstum der Industrieproduktion 1961 bei 6 % gegen 14% im Jahre 1960. Der Auftragseingang sinke unter das Niveau des vorhergehenden Jahres. Als Grund wird unter anderem der Rückgang der Exportentwicklung hervorgehoben. Ebenfalls gehe der Investitionsboom zurück, wobei auf eine Änderung der Investitionsrichtung hingewiesen wird. Der Hauptteil der Investitionen gehe nicht mehr in Neubauten, sondern in die Modernisierung. Besonders stark seien die Wachstumsraten des Wohnungsbaus abgesunken.

Die Gewinne seien insgesamt gestiegen. Die Lohnerhöhungen seien im wesentlichen nur nominal gestiegen, da gleichzeitig eine erhebliche Preissteigerung vor sich gegangen sei.

Dies ist etwa die Form, in der über die wirtschaftliche Expansion berichtet wird. Die Berichte enthalten daneben ausführlichere Statistiken, die die gemachten Sachbehauptungen belegen sollen und in denen Originalquellen zitiert werden.

Die Berichterstattung über ein Sondergebiet der wirtschaftlichen Entwicklung soll noch etwas näher verfolgt werden. Es handelt sich hierbei um die Währungspolitik. Sowjetische Ökonomen beschäftigen sich häufig damit, da sie gerade auf dem Gebiet der Währungsbeziehungen die Fakten suchen, die als eigentliche materielle Basis den zwischenstaatlichen politischen Beziehungen zugrunde liegen. Analysen der Geld- und Kreditverhältnisse liegen daher zumeist den sowjetischen Aussagen über monopolistische Verhältnisse im Inland und imperialistische Entwicklungen in bezug auf das Ausland zugrunde.

Wir beginnen dabei am besten mit einer Darstellung der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik aus dem Jahre 1958. Der Verfasser weist darin auf den aktiven Saldo der Handelsbilanz gegenüber den übrigen EZU-Ländern, den passiven Saldo gegenüber der Dollarzone hin. Er analysiert dann die übrigen Posten der Zahlungsbilanz.

1. Es ergebe sich für Dienstleistungen ein aktiver Saldo, der aus den Verkäufen von Devisen durch stationierte ausländische Truppen und aus dem Tourismus resultiere.
2. Für Gewinne, Zinsen und Dividenden ergebe sich ein passiver Saldo. Dieser werde mit dem Anwachsen von Kapitalanlagen aus der Bundesrepublik im Ausland dauernd kleiner. Daß dieser Posten dennoch passiv bleibe, sei eine Folge der Zahlungsverpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen.
3. Reparationszahlungen. Hier handele es sich z.T. um private Zahlungen an Opfer des Nationalsozialismus entsprechend Gesetzen der Bundesrepublik, z.T. auch um staatliche Zahlungen wie z.B. die Zahlungen an Israel.
4. Passiver Saldo bei den Kapitalflüssen. Die wichtigsten Posten hier seien Waffenkäufe in den USA und anderen NATO-Ländern, daneben privater Kapitalexport und Rückzahlungen aus dem Londoner Schuldenabkommen. Gleichzeitig gebe es einen dauernden Kapitalfluß nach der Bundesrepublik, der hauptsächlich durch den Kauf von Wertpapieren zustande komme.

Auf diese Analyse folgt eine Darstellung des Funktionsmechanismus der EZU.

Der Verfasser geht dann auf die Ursachen und Folgen dieser Währungssituation ein. Ihre Ursache sieht er in der höheren Ausbeutung der Werktätigen in der Bundesrepublik, die er durch Hinweis auf die hohe Investitionsquote zu belegen sucht.²⁹ Diese Ausbeutung geschieht durch Monopolgesellschaften, die durch den Staat unterstützt werden. Als Folge dieser Situation weist er auf Gegensätze gegenüber England und Frankreich hin, die durch den dauernden Abfluß von Währungsreserven hervorgerufen werden. Dabei sei die Frage der Währungsparitäten aufgekommen, die die Gegensätze noch verschärfe. Die Bundesrepublik aber versuche, die Lasten der Anpassung auf die Defizitländer abzuwälzen.

Neben diesem Aufsatz aus dem Jahre 1958 können wir noch auf eine Darstellung der Entwicklung der Handelsbilanz eingehen, die aus dem Jahre 1962 stammt.³⁰

Hier geht der Verfasser davon aus, daß sich die Deutsche Mark umgekehrt entwickelt habe wie Dollar und Pfund. Es gebe einen positiven Saldo in der Handelsbilanz und in den Dienstleistungen und zugleich hohe Kapitaleinfuhr, die auf die hohen Renditen für Wertpapiere zurückgehe. Die Kapitalausfuhr sei weitgehend durch den Staat unterstützt. Es gebe aber noch hohe Zahlungen ins Ausland, die sich hauptsächlich aus Rückzahlungsverpflichtungen für Nachkriegskredite und Aufstockung der Quoten im Weltwährungsfonds zusammensetzen. Als Folge einer besonderen Verstärkung dieser Zahlungen ergebe sich 1961 ein Defizit der Zahlungsbilanz insgesamt.

Der Verfasser erwähnt dann die Aufwertung der Mark und weist auf den damit zusammenhängenden unregelmäßigen Fluß von kurzfristigen Mitteln im Jahre 1961 hin. Als Folge der Dollar Krise bezeichnet er die Rüstungskäufe der Bundesrepublik in den USA, die dem Bemühen dienen, durch internationale Zusammenarbeit die Dollar Krise zu überwinden.

Die Währungspolitik wird dann als das Hauptgebiet für staatliche Eingriffe in die Wirtschaftssphäre bezeichnet. Zusammen mit den Ausgaben des Haushaltsplans sei hier das Hauptmittel der Konjunkturbeeinflussung. Aber trotz dieser Aktivität sei die Valuta-

Situation äußerst labil, so daß der Verfasser sie als eine Illustration für die sich dauernd verschärfenden Widersprüche im Kapitalismus bezeichnet.

Diese Darstellung der Fakten der wirtschaftlichen Entwicklung nimmt nur einen kleinen Raum innerhalb der Stellungnahmen der Sowjetpresse zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik ein. Wichtiger ist es für die Sowjets, diese aufbereiteten Fakten zu interpretieren und in Einklang mit den herrschenden theoretischen Vorstellungen über die kapitalistische Wirtschaft überhaupt zu bringen. Es ist dabei zu erklären, wie eine solche starke Expansion überhaupt im Zeitalter eines nach sowjetischer Ansicht stagnierenden und verfaulenden Kapitalismus möglich ist und welche einzelnen Ursachen daran mitgewirkt haben. Die einzelnen Ursachen werden in den sowjetischen Veröffentlichungen gemeinhin in zwei Ursachenkomplexen zusammengefaßt: als Übergang zu einer neuen Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus und als verschärfte Ausbeutung der Werktätigen. Der eine Ursachenkomplex betrifft die Struktur der Wirtschaft und bezeichnet Änderungen, die im Westen meistens als Übergang zur Konjunkturpolitik, zum Interventionismus oder zur gemischten Wirtschaftsordnung bezeichnet wird. Der zweite Ursachenkomplex leitet sich ursprünglich vom Marxschen Gesetz der steigenden absoluten und relativen Verelendung des Proletariats her. Beide Ursachen führen nach sowjetischer Meinung zu einem neuen Stil der kapitalistischen Entwicklung, der dieser besonderen historischen Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus entspricht.

Diesen neuen Entwicklungsstil aber stellt man nicht einfach durch Hinweis auf die reinen Fakten dar, sondern durch Interpretation dieser Fakten mit Hilfe der marxistischen Konjunkturtheorie. In den sowjetischen Äußerungen über die Konjunktur^{ent}wicklung und das Krisenproblem und über seine^{de} Abwandlungen, die die Wirtschaftskonjunktur in dieser neuesten Phase des Kapitalismus erfahren hat, wird daher erst das Bild völlig sichtbar, das sich sowjetische Autoren von der heutigen Entwicklung des Kapitalismus im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen machen.

Aus diesem Grund werden wir hier die sowjetischen Darstellungen über die Konjunkturentwicklung der Bundesrepublik folgen lassen, um erst in den nächsten Abschnitten näher über die nach sowjetischer Ansicht zugrundeliegenden Ursachenkomplexe zu sprechen. Denn gerade in den Stellungnahmen zum Konjunkturproblem schlagen sich die Vorstellungen nieder, die man sich von sowjetischer Seite über die Fakten der Wirtschaftsentwicklung macht.

Die auffälligste Aussage ist die Behauptung, daß die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik eine Ausnahme von der generellen Tendenz des Kapitalismus sei. Die Wirtschaftsexpansion der Bundesrepublik beweise daher nichts, wenn ein Urteil über die Stabilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der heutigen Zeit abgegeben werden soll. Dieser Kapitalismus nämlich befindet sich nach sowjetischen Vorstellungen in einer allgemeinen Krise, die jetzt in ihre 3. Etappe eingetreten ist. Diese 3. Etappe beginnt mit dem friedlichen Wettbewerb des sozialistischen mit dem kapitalistischen Weltssystem. Sie ist durch folgende Züge gekennzeichnet:³¹

1. Die Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion, an denen die marxistische Krisentheorie von jeher anknüpft, sind größer geworden.
2. Die Kluft zwischen Produktionsmöglichkeiten und Kaufkraft hat sich ausgeweitet.
3. Das Produktionswachstum sinkt, vor allem in den USA.
4. Es vergrößern sich die staatsmonopolistischen Tendenzen, die einen Versuch darstellen, der Krise zu entgehen.
5. Die Ungleichmäßigkeiten der Entwicklung und die daraus hervorgehenden Rivalitäten verstärken sich.
6. Die Kluft zwischen hochentwickelten Ländern und Rohstoffländern wird zunehmend größer.

Allerdings ist die Bedeutung dieser Kennzeichen nicht groß. Abgesehen davon, daß keinerlei Systematik diesen Grundzügen zugrundeliegt, (so ist zwischen Punkt 1 und Punkt 2, ebenfalls zwischen Punkt 5 und 6 kein Unterschied zu erkennen außer in den Worten) zeigt sich die Wertlosigkeit einer solchen Klassifikation schon darin, daß sie für die tatsächlichen Aussagen über die Konjunktur

entwicklung gar keine ^{keine} Rolle spielt. Sie stellt ein dogmatisches Gerüst dar, von dem sich die sowjetischen Autoren um so mehr distanzieren, je intensiver sie sich mit der Materie auseinandersetzen.

Die tatsächliche Bewertung, die dabei die Konjunkturentwicklung im heutigen Kapitalismus erfährt, soll hier im Mittelpunkt des Interesses stehen. Wir können sie wieder an Hand einzelner Aufsätze darlegen. Wir gehen von einem Aufsatz von Menšikov aus, dem die oben bereits angeführten Kennzeichen einer Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in seiner 3. Etappe entnommen sind. Menšikov führt diese Kennzeichen in der Einleitung zu seinem Aufsatz an. In der weiteren Analyse jedoch nimmt er die darin enthaltenen Aussagen Stück für Stück zurück und wir werden sehen, was dabei übrigbleibt.

Menšikov führt als Umschlagspunkte der Nachkriegskonjunktur die Jahre 1948/49 und 1957/58 an. Beide Jahre seien Krisenjahre gewesen, die jeweils einen vorhergehenden Konjunkturzyklus abschlossen. Die Krise von 1948/49 sei eine Weltkrise. Sie war aber schwach Gemildert wurde sie dadurch, daß Westdeutschland noch kein ernsthafter Konkurrent für die USA, für England und für Frankreich war. In den darauffolgenden Jahren habe es einige Teilkrisen gegeben, bis sich 1957/58 wieder eine Weltkrise entwickelte. Am heftigsten hiervon waren die USA betroffen. In der Bundesrepublik und Frankreich sei als Folge der Krise das Wachstumstempo gefallen. Insgesamt sei diese Krise heftiger als die Krise von 1947/49 gewesen, was als Hinweis ³² darauf gedeutet wird, daß sich die Widersprüche verschärft haben.

Der Konjunkturaufschwung nach dieser Krise habe in USA bereits 1960 sein Maximum erreicht, ohne daß die Arbeitslosigkeit gesunken war. Daraus schließt Menšikov, daß die kapitalistische Welt einer neuen Krise entgegengehe, die heftiger sein werde als die vorhergehenden. ³³

Schon hier sind einige Besonderheiten anzumerken. Menšikov spricht von einer Krise in der Bundesrepublik und Frankreich, die sich in sinkenden Wachstumsraten äußert. Üblicherweise aber spricht man von Krisen nur, wenn die Wachstumsraten negativ werden. Zu dieser

Definition kommt Menšikov wahrscheinlich deshalb, weil er nur so eine Weltkrise im Jahre 1957/58 behaupten kann. Hält man sich an die traditionelle Definition, so handelt es sich nicht um eine Weltkrise. Menšikov zieht entsprechende Konsequenzen, wenn er von einer Änderung des Charakters der Konjunkturzyklen spricht. Danach folgen sich im heutigen Kapitalismus Aufschwung und Abschwung unregelmäßig. Häufig ergibt sich keine Krise, sondern nur ein allmählicher Umschlag. Börsen- und Bankkrachs sind nicht mehr die sicheren Vorboten von Krisen. Entwickeln sich jedoch Krisen, so sind sie weniger lang und heftig als in der Vorkriegszeit und Menšikov merkt sogar an, daß heute keine Krise zu erwarten sei vom Umfang der Weltwirtschaftskrise.³⁴

Diese Darstellung trifft offensichtlich weitgehend die Wirklichkeit. Wir würden deshalb auch die Definition der Krise als einem Zeitpunkt, an dem die Wachstumsrate sinkt, nicht einfach ablehnen, obwohl das Wort Krise eigentlich dann keinen Sinn hat. Es ist aber zweifellos richtig, daß sich in einer Wirtschaft wie der der Bundesrepublik, die im Laufe der letzten 15 Jahre keine Krise erlebt hat, einzig an der Höhe der Wachstumsrate noch eine Zyklizität der wirtschaftlichen Expansion nachweisen läßt. In der Wirtschaftspolitik spielen solche Änderungen der Wachstumsraten ja auch eine wichtige Rolle. Sinkende Wachstumsraten gelten im Westen allgemein als Anlaß zu konjunkturpolitischen Maßnahmen und man wartet damit nicht solange, bis ein Zusammenbruch eintritt. Als Ergebnis folgt eine Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit, die innerhalb schwankender Wachstumsraten erfolgt.

Übrigens ist die Bestimmung der wirtschaftlichen Zyklen gerade in bezug auf die Sowjetwirtschaft auf die Zyklen der Wachstumsrate angewiesen. Es ist offensichtlich in der Sowjetwirtschaft auch so, daß wirtschaftspolitische Reformen und Neuerungen gerade zu Zeitpunkten einsetzen, in denen die Wachstumsrate sinkt, so daß eine Periodisierung der Sowjetwirtschaft immer mit den Zyklen der Wachstumsraten parallel geht.

Nur ist nicht zu ^{erkennen} sehen, wie hieraus auf eine Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus geschlossen werden kann. Dies sieht Menšikov auch, und begründet daher diese These mit dem Hinweis darauf, daß an die Stelle von Wirtschaftskrisen ^{die} generelle Depression ganzer Wirtschaftszweige getreten sei. Dies kommt auf

eine Unterscheidung hinaus, die auch im Westen üblich ist. Man unterscheidet dort zwischen generellen konkunkturpolitischen Maßnahmen, die den Zusammenbruch der Produktion in Krisenform verhindern sollen und gezielten, strukturpolitischen Maßnahmen. Um noch einmal auf die Sowjetwirtschaft zurückzukommen, so erweist sich dort eine ähnliche Unterscheidung als fruchtbar. Es gibt auch dort eine Wirtschaftspolitik, die die Wachstumsrate generell stimulieren soll und es gibt Richtungen, in denen einzelne Zweige, die strukturell depressiv sind, gefördert werden sollen. Solche Depressionszonen befanden sich eine Zeitlang in der gesamten Produktion von Konsumgütern, heute ist besonders die Landwirtschaft davon betroffen.

In keinem Falle kann aus solchen begrifflichen Unterscheidungen die Verschärfung der allgemeinen Krise eines Wirtschaftssystems belegt werden. Aber ohne bereits hier näher auf die Bedeutung solcher Depressionszonen einzugehen, kann doch gesagt werden, daß Menšikov in seiner weiteren Argumentation zeigt, daß er seine Behauptung einer sich verschärfenden allgemeinen Krise des Kapitalismus gar nicht so ernst meint, wie dies scheint. Er fragt nämlich, worin wohl die Ursachen für die Verwandlung des kapitalistischen Wirtschaftszyklus in der Nachkriegszeit zu suchen sei. Lange Zeit habe man sie aus den Folgen des 2. Weltkrieges und dem Rüstungswettlauf erklärt, aber je länger die Erscheinungen andauern, um so mehr seien andere Faktoren sichtbar.³⁶ Auf 5 solcher Faktoren weist Menšikov hin:³⁷

1. Das Wachstum des sozialistischen Weltsystems. Je länger dies währt, um so mehr wirke es auf die kapitalistischen Länder durch Außenhandelsbeziehungen, friedlichen Wettstreit zurück usw. Dies führe zur Erweiterung von staats-monopolistischen Maßnahmen, durch die das Wachstum vergrößert und Krisen verkleinert werden sollen.
2. Erscheinungen, die aus dem Zusammenbruch des Kolonialsystems stammen. Etwa die Hälfte des gesamten Exports von Industrieausrüstungen kapitalistischer Länder falle zur Zeit auf die Entwicklungsländer. In gewissem Umfang fange der in diesen Ländern herrschende Staatskapitalismus den Einfluß von Weltzyklen auf.

3. Der verschärfte Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern habe nach dem Krieg zu Erfolgen geführt. Die Einkommenssteigerungen der Arbeiterklasse bewirkten eine Ausweitung des inneren Marktes, wodurch Krisen gemildert werden können.
4. Staatsmonopolistische Maßnahmen hätten dazu geführt, daß der Staat als Nachfrager einen wachsenden Teil des Konsums aufnimmt und einen größer werdenden Anteil an den Investitionen selbst bestreitet. Die Gewinnrate spiele hier nur eine geringe Rolle, so daß die staatliche Aktivität besonders unabhängig von der Konjunktur sei.
5. Die Großzahl technischer Umwälzungen lasse den wirtschaftlichen Verschleiß größer werden, so daß die Investitionsnachfrage umfangreich sei.

Unter diesen Faktoren sind besonders Faktor 2 und 3 interessant. Der Zusammenbruch des Kolonialsystems und der verschärfte Klassenkampf waren bisher immer Hauptargumente, wenn es galt, die Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus nachzuweisen. Bei Menšikov hingegen sind sie Momente der Stabilisierung des kapitalistischen Systems. Der verschärfte Klassenkampf führe zu einer Ausweitung des inneren, der Zusammenbruch des Kolonialsystems zu einer Ausweitung des äußeren Marktes. Dies kann doch nichts anderes heißen, als daß der verschärfte Klassenkampf und der Zusammenbruch des Kolonialsystems die Interessen des Kapitalismus nicht notwendigerweise negativ berührt. Es fragt sich dann aber, was der Ausdruck 'verschärfte Klassenkampf' überhaupt noch soll, wenn man ihn soweit aushöhlt. Er stellt dann nur noch eine leere Hülse dar.

Als wirklich entscheidender Grund bleibt bei Menšikov offensichtlich der Hinweis auf staatsmonopolistische Maßnahmen, die den Charakter des kapitalistischen Zyklus verwandelt haben. Ihre nähere Charakteristik findet sich aber nicht bei Menšikov und wir werden sie erst weiter unter Bezugnahme auf andere Autoren erörtern.

Von den Hauptkennzeichen der 3. Etappe der Krise des Weltkapitalismus, die wir bereits oben angeführt haben, bleiben hiernach eigentlich nur zwei übrig, nämlich das vor allem in den USA sinkende Produktionswachstum und die Kluft zwischen entwickelten und

schwach entwickelten Ländern (Rohstoffländern). Denn der innere und äußere Markt hat sich offensichtlich nicht verengt, sondern nach Menšikovs Aussagen sogar ausgeweitet und die staatsmonopolistischen Maßnahmen gelten ja gerade als Mittel, krisenmäßige Entwicklungen zu vermeiden. Aber auch die Behauptung eines tendenziell sinkenden Produktionswachstums schränkt Menšikov ein.

Nach dem Hinweis, daß keine Krise vom Umfang der großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zu erwarten sei, meint er vorerst, daß für die Zukunft der kapitalistischen Gesellschaft ein dem heutigen amerikanischen Entwicklungstempo entsprechender Gang vorzuzusehen sei. Die Wirtschaft der USA ist nach Menšikov durch langsames Wachstum, häufige Teilkrisen und chronisch depressive Einzelgebiete gekennzeichnet. Westeuropa wird sich diesem Zustand annähern, je mehr die Sondergründe für seine schnelle Expansion wegfallen. Als Sondergründe nennt er dabei die ^{Kriegs}zerstörungen und den technischen Rückstand gegenüber den USA.³⁸ Menšikov weist dann darauf hin, daß die Wachstumsraten in diesen Ländern von 1945-1960 allmählich abgesunken seien.

Hierauf jedoch folgt die Frage, ob dieser Trend zu sinkenden Wachstumsraten in Westeuropa weitergehen müsse oder ob der Kapitalismus noch Wachstumsreserven habe, um weiteres Absinken abwenden zu können.³⁹ Zu dieser ganzen Fragestellung sei eine interessante Parallele am Rande bemerkt. Ganz in der Form, wie Menšikov in bezug auf die weiteren Chancen der wirtschaftlichen Expansion in Westeuropa fragt, wird in Westeuropa häufig nach den weiteren Chancen des sowjetischen Wachstums gefragt. Die äußeren Kennzeichen sind nämlich sehr ähnlich. Auch in der Sowjetunion sind die Wachstumsraten seit 1945 kleiner geworden und man fragt sich daher im Westen häufig, wie groß noch die Wachstumsreserven der Sowjetwirtschaft seien. Beidemal liegt die Tatsache zugrunde, daß das Wirtschaftswachstum sowohl in Westeuropa als auch in der Sowjetunion ein expansives Wachstum war, das jetzt zunehmend zu einem intensiven Wachstum werden muß. Menšikov weist selbst auf diesen Sachverhalt hin, wenn er behauptet, daß im Kapitalismus immer dann die höchsten Wachstumsraten erzielt wurden, wenn das Wachstum extensiv war. Anzumerken ist nur, daß dies im Sozialismus nicht anders ist.

durch die Auflagende *im Kapitalismus*
Menšikov bewertet dann die Wachstumsreserven ziemlich günstig. Er meint sogar, daß die wichtigsten Wachstumsreserven gerade nicht im Bereich der Rüstung lägen. Immer mehr seien im Rüstungssektor wissenschaftlich-technische Probleme in den Vordergrund getreten, so daß der Anteil der Rüstungsausgaben, der unmittelbar zur Nachfrage nach Industriegütern wird, laufend sinke. Als Ausnahmen nennt er nur die Bundesrepublik und Japan, wo aus den Rüstungsausgaben ein Konjunkturreffekt resultieren werde.⁴⁰

Wesentliche Wachstumsreserven ergäben ^{sich/} sowohl auf dem Äußeren als auch auf dem inneren Markt. Im Außenhandel ist der Handel mit sozialistischen Ländern genannt, der noch große Möglichkeiten der Erweiterung in sich berge. Vor allem wichtig aber sei die Industrialisierung der Entwicklungsländer, die eine objektive Notwendigkeit sei und sich folglich auch durchsetze, obwohl sie auf viele Hindernisse stoße, die auf die kapitalistische Form zurückzuführen seien.

Ebenfalls lasse sich noch der innere Markt entwickeln, vor allem durch das Wachstum der Städte und die Industrialisierung der Landwirtschaft. Es gehe hierbei um die Beseitigung der Elendsviertel, den Bau von Schulen, Krankenhäusern und wissenschaftlichen Einrichtungen.⁴¹

Ebenfalls seien noch Reserven in der technischen Entwicklung erhalten. Die heutige technische Revolution stecke noch in den Anfängen. Sie werde aber in den USA eher zum Abklingen kommen als in den Ländern Westeuropas. Menšikov glaubt daher, daß die wirtschaftliche Expansion in Westeuropa noch für Jahrzehnte schneller sein wird als in den USA, so daß die Bedeutung der USA für den Weltkapitalismus tendenziell sinken wird. Dabei schätzt er die zukünftigen Wachstumschancen der Bundesrepublik besonders hoch ein. Er glaubt daher, für die Zukunft folgende Reihenfolge der kapitalistischen Länder nach ihrem wirtschaftlichen Potential annehmen zu können: 1. USA, 2. Bundesrepublik, 3. England, 4. Japan, 5. Frankreich.⁴²

Ob allerdings diese Chancen genützt werden, hängt nach Menšikov im wesentlichen - wenn auch nicht entscheidendem - Umfang von der

politischen Entwicklung und von einer Absage an den kalten Krieg ab. Zum Abschluß allerdings gibt er, unter Hinweis auf das Parteiprogramm, seinem Glauben Ausdruck, daß diejenigen Faktoren überwiegen werden, die das Wachstum verlangsamen, eine Aussage, die aus der vorhergehenden Analyse nicht hervorgeht.⁴³

Wir haben diesen Artikel von Menšikov so ausführlich zitiert, weil er sehr pointiert die Probleme zeigt, denen sich sowjetische Autoren gegenübersehen. Der ganze Tenor der Ausführungen ist für viele sowjetische Äußerungen durchaus typisch. Wichtigstes Kennzeichen hierbei ist jeweils, daß die aggressiven und einseitig bewertenden Ausdrücke wie 'Verschärfung des Klassenkampfes', 'Krise des Kapitalismus' usw. innerhalb der Gedankenführung mit anderer Bedeutung erfüllt werden als sie ursprünglich haben. Die ganze Diktion ist scheinbar so intransigent wie immer, aber sie wird zunehmend ausgehöhlt. Die Verbindung zu offiziellen Parteiäußerungen, die in den meisten Artikeln noch hergestellt wird, ist daher vielfach äußerlich geworden und bildet häufig nicht mehr den Kern der Gedankenführung. Beachtet man allerdings jene innere Bedeutungsveränderung der Worte nicht, so wird die ganze Entwicklung der Betrachtungsweise nicht sichtbar und man erkennt nur scholastische Haarspaltereien.

Diese Veränderung der Interpretation von Vorgängen in der Wirtschaft westlicher Länder zeigt sich am deutlichsten darin, daß die Beurteilung der Rüstungsausgaben für die wirtschaftliche Konjunktur sich geändert hat. Man findet heute, wenn man von der Massenpresse absieht, nur noch selten Stellungnahmen, die die Rüstungsaufwendungen für die entscheidende Antriebskraft der Konjunktur erklären. Dies hat sicher auch politische Gründe. Denn alle Bemühungen um eine Abrüstung müßten für sinnlos erklärt werden, wenn die Rüstungsausgaben das wesentliche Fundament einer Stabilität des Kapitalismus wären. Es gäbe dann nur die Möglichkeit einer Abrüstung durch Revolution. Indem die sowjetischen Politiker die Möglichkeit einer Abrüstung für die kapitalistischen Länder behaupten, schaffen sie für die Wirtschaftstheoretiker das Problem, entweder diese Politik durch die Behauptung der Notwendigkeit der Rüstung für die Existenz kapitalistischer Länder Lügen strafen zu müssen oder die These zu vertreten, daß die heutige

Expansion der westlichen Wirtschaften nicht einseitig rüstungsbedingt sei. Die Wahl der zweiten These ist daher für sowjetische Autoren nicht sehr schwer. Aber das gesamte Urteil über den Kapitalismus muß sich dabei verändern. Nun sollte man allerdings solche politischen Verwicklungen nicht überbewerten. Sie schaffen lediglich einen Leerraum, in dem neue Interpretationen gestellt werden können.

Dieses Zurücktreten von Rüstungsgesichtspunkten als Ursache der weiteren Expansion findet sich in vielen Darstellungen. Schon Mendelson vertritt 1958 die These, daß die sogenannte Militarisierung der Wirtschaft nur eine Konjunkturursache unter anderem sei. Er führt die großen Rüstungsanstrengungen, die England in den 50er Jahren zu tragen hatte, sogar als wesentliche Ursache für die wirtschaftliche Stagnation Englands an, während die Bundesrepublik ihre großen wirtschaftlichen Erfolge gerade der Tatsache verdanke, daß sie kaum irgendwelche Rüstungsanstrengungen zu machen hatte. Auch für die USA dürfe der Anteil der Rüstungen nicht übertrieben werden. Er berichtet dann, daß in der Sowjetunion dieser Anteil zu hoch eingeschätzt würde. Im allgemeinen würde eine Zahl von 25 % Rüstungsanteil an der Industriekapazität genannt. Mendelson behauptet ~~dann~~, diese Zahl stamme von der amerikanischen Rüstungslobby, die durch Übertreibung des Rüstungsanteils gegenüber der amerikanischen Regierung ihre Bedeutung für die Konjunktur herausstreichen wolle. Nach seinen eigenen Berechnungen mache der Rüstungsanteil 14 % aus.^{4,4} Mendelson wendet sich auch dagegen, sämtliche Ausrüstungsinvestitionen schlechthin als Rüstungsinvestitionen zu betrachten. Er merkt an, daß dies ~~Abstraktionen~~ für die kapitalistischen Länder außerhalb der USA in noch größerem Ausmaße galten, Dies ~~ist~~^{ist} offensichtlich auf die Bundesrepublik gemünzt. Denn die These einer Militarisierung der Wirtschaft läßt sich in bezug auf die Bundesrepublik nur vertreten, wenn man den Aufbau von Kapazitäten, die der Möglichkeit nach rüstungswirtschaftliche Bedeutung haben könnten, bereits als Rüstungsinvestitionen bezeichnet. Allerdings drang diese Auffassung von Mendelson nicht überall durch und es finden sich auch heute ~~noch~~ in der Sowjetunion ^{noch} Fälle, in denen mit solchen Begriffsverengungen operiert wird. Dies zeigt ein Aufsatz von

Zapol'skij.⁴⁷ Darin wird die Ruhr als Waffenschmiede für einen neuen Krieg bezeichnet und diese Aussage nicht etwa durch Zahlen über die Produktion von Rüstungsgütern belegt, sondern durch allgemeine Produktionsziffern. Aber diese Zahlen weisen nur nach, daß die Ruhr ein hohes wirtschaftliches Potential darstellt.⁴⁸ Zapol'skij sagt daher, daß alle in der Ruhr produzierten Güter direkt oder indirekt mit der Rüstung verbunden seien. Dies heißt aber nur, daß wirtschaftliche Kapazitäten durch ihre sachliche Beschaffenheit nicht darauf festgelegt sind, entweder für Rüstungsgüter oder für andere Zwecke verwendet zu werden. Wenn man daher der Begriffsbestimmung von Zapol'skij folgen würde, so hieße Rüstungskapazität genau dasselbe wie industrielle Kapazität überhaupt. Aber eine solche Identifizierung ist sinnlos und offenbar durch ideologische Ansicht bestimmt. Führt man sie durch, so muß man das Bestehen einer heimlichen Verschwörung annehmen, die zwar die Erstellung industrieller Kapazitäten fördert, dabei jedoch die hinterlistige Absicht hat, eines Tages zur Rüstungsproduktion überzugehen. Der Begriff der Rüstungskapazität wird dann nicht mehr sachlich bestimmt - ob die Kapazitäten für Rüstungsgüter eingesetzt werden oder nicht - sondern subjektiv-willkürlich, nämlich danach, ob man bei den Initiatoren einer wirtschaftlichen Expansion eine gute oder eine schlechte Absicht vermutet. Auch hier entsteht dann wieder das Bild des Kapitalismus als eines Komplotts gegen die Interessen der Menschheit. Irgendwelche ungreifbaren Drahtzieher stehen hinter der Bühne, die nur darauf warten, daß endlich wieder die Möglichkeit zu einem großen Krieg heranwächst.

Hs Selbst wenn man die Rüstungswirtschaft so faßt wie Zapol'skij, folgt daraus nicht, daß Rüstungsausgaben die Konjunktur der Bundesrepublik bestimmt haben, so daß das Ursachenproblem ungelöst bleibt.

Die Forderung nach einer genauen Begriffsbestimmung wird daher immer wieder laut, so daß man im allgemeinen die tatsächlichen Rüstungsausgaben als Gradmesser der sogenannten Militarisierung einer Volkswirtschaft benutzt. Dabei ist die Bedeutung von Rüstungsausgaben für die Konjunkturentwicklung weiterhin Diskussionsgegenstand. Dies kann z.B. eine Kontroverse zwischen Avarin und

Kaz zeigen. ⁴⁷ Avarin vertritt ~~aber~~ gegen Kaz die Meinung, daß Rüstungsausgaben überhaupt nur ^{zunahme} ~~dann~~ ^{als} eine konjunkturpolitische Bedeutung haben, ^{solange} sie progressiv anwachsen.

Lehnt man aber die Erklärung der Konjunktorentwicklung der Nachkriegszeit aus der Höhe der Rüstungsausgaben ab, so muß man andere Ursachen anführen. In der Sowjetunion weist man dabei zumeist auf staatsmonopolistische Maßnahmen hin. Aber dieser Gesichtspunkt soll erst im nächsten Abschnitt erörtert werden. Welche sonstigen Aspekte man erwähnt, kann an einem Aufsatz von Piöugin ⁵⁰ gezeigt werden, in dem die Bewertung der staatsmonopolistischen Maßnahmen weitgehend zurücktritt.

Danach war die Bundesrepublik im Laufe der 50er Jahre innerhalb der kapitalistischen Welt ein konjunkturpolitischer Stabilisator. ⁵¹ Als Ursachen hierfür führt Piöugin hauptsächlich zwei an. Einmal die Besonderheiten der Nachkriegssituation. Die Wiederherstellung einer der Vorkriegssituation entsprechenden Lage habe zu einer Verlängerung des Nachkriegszyklus geführt. Hierbei sei vor allem die grosse Zerstörung von Wohnraum und der physische sowie der moralische Verschleiß von Anlagen wirksam gewesen. Daraus ergab sich eine große Nachfrage. Als Impuls wirkten die großen Arbeitsreserven, die aus Kreisen der Flüchtlinge stammten und billiger als in anderen Ländern waren, sowie die großen Verluste im Osten, die man wieder kompensieren wollte. Als zweite Ursache verweist Piöugin auf den besonderen Charakter der Investitionskonjunktur. Er glaubt, daß ein Aufschwung immer um so kürzer sein müsse, je kürzer die Periode ist, nach der die Investitionen zur Erhöhung des Endgüterausstoßes führen. Der Aufschwung würde daher um so länger sein müssen, je weiter die Investitionen von der Endgüter-sphäre entfernt sind. Die in der Bundesrepublik durchgeführten Investitionen aber sind nach Piöugin überwiegend solche Projekte, deren Produktion lange Zeit kostet und hohe Kapitalien verlangt, während sie nur sehr langsam zurückfließen. Er behauptet, ^{als} ~~dann~~, ergebe sich daraus, daß $\frac{1}{3}$ aller Investitionen in die Industrie und davon ^{weder} $\frac{4}{5}$ in die Produktion von Produktionsmitteln gegangen sei. Ebenso seien die Investitionen in den Wohnungsbau und das Transportwesen sehr hoch gewesen, für die Ähnliches gelte. Die

hohe Investitionsquote der Bundesrepublik führt er dann noch als einen Beweis über den hohen Ausbeutungsgrad an und gibt dann eine kurze Charakterisierung des Konjunkturverlaufs.

Danach sei die Periodisierung der Konjunktur in der Bundesrepublik besonders schwer, da es keine scharfen Rückschläge gegeben habe. Dies bedeute aber nicht, daß die Periodizität der Produktion überwunden sei.⁵² Er zählt den Zyklus daher von 1948 bis 1957. Am Anfang habe nicht eine Überproduktion, sondern eine Unterproduktion gestanden, so daß der Zyklus ohne Depression beginnen konnte. 1952 bereits sei das Höchstniveau des vorhergehenden Zyklus erreicht worden, den er von 1936 an zählt. Dabei sei die kriegsinflationistische Nachfrage zur Zeit des Koreakrieges zu Hilfe gekommen. Nach 1952 setzt dann der eigentliche Aufschwung ein. Das Jahr 1957 bezeichne das Ende dieses Aufschwungs. Erstmals seien die Auftragsbestände gefallen und in einzelnen Wirtschaftszweigen habe sich eine Überproduktion bemerkbar gemacht. Als Wirtschaftszweige sind der Kohlenbergbau, die Maschinenindustrie und die Textilindustrie genannt.

Picugin, der dieses 1958 schreibt, läßt hierauf die Prophezeiung einer baldigen Krise folgen.⁵³ Die Expansion auf dem inneren Markt habe sich erschöpft und die errichteten Kapazitäten reichten für den tatsächlichen Bedarf aus. Es sei aber schwer zu sagen, wie lange die Krise dauern würde und wie schwer sie werden könne. Voraussagen dieser Art findet man im Jahre 1958 sehr häufig. Als dann tatsächlich keine Krise eintrat, sondern ein neuer Aufschwung, wurde man mit Prophezeiungen dieser Art vorsichtiger und man findet sie heute nur noch selten. Man schreibt heute nicht mehr von einer bevorstehenden Krise, sondern berichtet eher davon, daß in den westlichen Ländern Unruhe herrsche über die weitere Konjunkturentwicklung. Dies kann an einem Beispiel aus der Kazachstanskaja Pravda gezeigt werden:

"Das periodische Fallen der Aktienkurse der Grundindustrien in der Bundesrepublik, das ununterbrochene Steigen der Preise, die vergeblichen Versuche maßgebender westdeutscher Experten, einen Weg zu finden, um das Staatsbudget für 1963 ins Gleichgewicht zu bringen - all das beunruhigt nicht nur die Kreise der westdeutschen Financiers und Unternehmer. Die Anzeichen einer Verschlechterung der Situation der westdeutschen Wirtschaft alarmieren auch das offizielle Bonn. In diesen Tagen richtete Kanzler Adenauer Briefe an Wirtschaftsminister Erhardt, Finanzminister Starke und Arbeitsminister Blank, in denen er sie auffordert, ihren Standpunkt bezüglich der das ganze westdeutsche System des 'freien Unternehmertums' bedrohenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten darzulegen."⁵⁴

Man kann in dieser Weise unverbindlicher bleiben. Gerade die Erfahrungen des Jahres 1957/58 sind daher für die Einstellung gegenüber der kapitalistischen Entwicklung wichtig. Dies ist verständlich, wenn man bedenkt, daß Prophezeiungen von Krisen, die nicht eintreffen, beim Publikum gerade den Eindruck einer Stabilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervorrufen müssen und so völlig gegen die eigene Absicht wirken.

Die Ursachen allerdings, die Pičugin in dem erwähnten Aufsatz nennt, können nicht ausschlaggebende Bedeutung haben. Die Nachkriegsfolgen sind in der Bundesrepublik längst überwunden und auch der Hinweis auf die Bauzeit von Investitionsprojekten überzeugt nach so langer Zeit guter Konjunktur nicht mehr, so daß wir auch davon absehen können, ihn inhaltlich zu prüfen. Bei der Erklärung der Ursachen der Expansion in der Bundesrepublik spielen sie daher in der Sowjetunion im allgemeinen auch keine große Rolle. Damit aber bekommen die beiden Ursachenkomplexe eine zunehmende Bedeutung, die wir oben bereits genannt haben, nämlich die staatsmonopolistischen Maßnahmen und die verstärkte Ausbeutung der Werktätigen. Auf diese beiden Ursachenkomplexe werden wir daher näher eingehen.

4. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Bundesrepublik.

Nach sowjetischer Ansicht sind die sogenannten staatsmonopolistischen Maßnahmen das wichtigste Kennzeichen der heutigen Etappe des Kapitalismus. Da man von sowjetischer Seite durchaus erkennt, daß sich wichtige Umstrukturierungen und Neuerungen in den Wirtschaften der westlichen Länder nach dem zweiten Weltkrieg ergeben haben, muß man hierfür die Ursachen angeben. Im Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus werden diese Ursachen zusammengefaßt. Er ist das allgemeine Charakteristikum, mit dem man die entscheidenden Grundzüge der heutigen Wirtschaften westlicher Länder zu erfassen sucht.

Das Wort Ursachen darf hierbei allerdings nicht im engen Sinne verstanden werden. Auch der staatsmonopolistische Kapitalismus hat nach sowjetischer Ansicht wieder Ursachen. Wir haben oben schon hierauf hingewiesen. Als solche Ursachen gelten der Zerfall des Kolonialsystems, die Entstehung des sozialistischen Lagers, die Verschärfung des Klassenkampfes usw. Der staatsmonopolistische Kapitalismus wird als Gegenmittel gegen diese Schwierigkeiten verstanden, ein Gegenmittel, das dann wieder zur Ursache neuer Wirtschaftsformen geworden ist. Man kann daher den staatsmonopolistischen Kapitalismus im sowjetischen Sinne als einen Begriff bezeichnen, der alle Maßnahmen umfaßt, die zur Eindämmung der allgemeinen Krise des Kapitalismus getroffen werden.

Wie sich die Wandlungen innerhalb der westlichen Wirtschaften nach dem zweiten Weltkrieg in den sowjetischen Auffassungen niederschlagen, haben wir bereits dargestellt. Danach sind allgemeine und totale Krisen seltener geworden, stattdessen sind Teilkrisen hervorgetreten, die nicht mehr die Gesamtwirtschaft ergreifen. Daneben haben sich strukturell depressive Wirtschaftszweige herausgebildet. Bei der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist nun zu zeigen, welche Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art diese Verwandlung des kapitalistischen Konjunkturzyklus hervorgerufen haben.

Nach sowjetischer Auffassung geht dem staatsmonopolistischen Kapitalismus der monopolistische Kapitalismus voraus. Die wichtigsten Züge dieses monopolistischen Kapitalismus aber werden in den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus übernommen, so daß eigentlich alle sowjetischen Untersuchungen über den staatsmonopolistischen Kapitalismus mit Hinweisen auf die monopolistische Struktur der Wirtschaft beginnen. Da auch der monopolistische Kapitalismus wiederum in zwei Phasen aufgegliedert ist, ergeben sich 3 Ebenen der Argumentation:

1. Das industrielle Monopolkapital. Dies wächst hinüber in
2. das Finanzkapital. Dies ist gekennzeichnet durch eine enge Verbindung zwischen industriellem Kapital und den Banken. Aus dem Stadium des Finanzkapitals geht
3. der staatsmonopolistische Kapitalismus hervor, in dem sich Finanzkapital und staatliche Aktivität in der Wirtschaft unmittelbar verbinden.

Diese Stufen sind allerdings wie meistens bei marxistischen Stufenbildungen nicht nur historisch, sondern ebenfalls systematisch zu verstehen. Man kann daher industrielle Konzerne untersuchen, kann die Verbindung zwischen industriellen und Bank-Kapital oder auch die Verflechtung des Finanzkapitals mit der Staatstätigkeit darstellen. In sowjetischen Untersuchungen tauchen zwar alle drei Aspekte meistens zusammen auf, aber mit unterschiedlichem Gewicht. Wir werden vorerst auf die Darstellung der Verhältnisse zwischen industriellem und Bankkapital eingehen.

Wir gehen von einem Artikel Bsa⁵⁵ aus. Danach ist die Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der heutigen Bundesrepublik höher als in den 30er Jahren. Zum Nachweis dieser Aussage weist er darauf hin, daß einerseits die Zahl der Aktiengesellschaften im heutigen Gebiet der Bundesrepublik niedriger sei als 1938, während sich andererseits ihr Aktienkapital erhöht habe. Er teilt bei dieser Argumentation die Aktiengesellschaften in 3 Gruppen ein. Die erste Gruppe umfaßt alle Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 10-50 Millionen DM, die zweite von 50-100 Millionen DM, die dritte von über 100 Millionen DM. Der Anteil aller Aktiengesellschaften dieser 3 Klassen insgesamt habe gegenüber 1938 zugenommen, besonders aber der Anteil der Gruppe mit einem Aktienkapital von über 100 Millionen DM.⁵⁶

Die Ruhrkonzerne spielen nach Bsajev innerhalb des westdeutschen Monopolkapitals die Hauptrolle. Etwa die Hälfte des gesamten Aktienkapitals sei hier konzentriert. Bsajev stellt dann die wichtigsten 17 Konzerne zusammen.⁵⁷

Der Aufstieg dieser größten Konzerne sei auf Kosten von tausenden kleiner Unternehmen vor sich gegangen. Die Hälfte des gesamten Umsatzes der Chemieindustrie liege allein bei den IG-Farben-Nachfolgern. Sie bilden nach Bsajev einen Staat im Staate. Die Verhältnisse in der Stahlindustrie liegen ähnlich. Zwar sei der größte Konzern nach dem 2. Weltkrieg aufgespalten worden, aber die 10 wichtigsten Stahlproduzenten produzierten 1957 93,9 % des Stahls gegen 1938 87,7 %. Die 6 wichtigsten Stahlproduzenten werden gesondert aufgeführt.⁵⁸

Bsajev geht dann zur Darstellung des Bankensystems über. Die drei Großbanken haben die Hauptrolle bei dem Konzentrationsprozeß inne. Mit ihren etwa 700 Filialen beherrschen sie praktisch das gesamte Finanzsystem. Ihre Vertreter sitzen in 2.000 Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften. Er nennt die drei Großbanken daher die 'große Troika'.⁵⁹

Eine ähnliche Darstellung findet sich bei Serebrjanyj.⁶⁰ Die Großbanken gelten als eng verbunden mit dem Industriekapital, wobei die Banken den Auftrag haben, durch ihre Tätigkeit im Geldsektor die Industrieunternehmen möglichst profitabel zu machen.⁶¹

Deza versucht, den monopolistischen Prozeß innerhalb der Finanzkapitals durch Analyse der Kreditvergabe nachzuweisen. Aus der Tatsache, daß hohe Kredite über 100.000 DM mit 71 % an der Gesamtsumme der Kredite beteiligt sind, schließt er auf eine Bevorzugung des monopolistischen Kapitals bei der Kreditvergabe.⁶²

Grundvoraussetzung aller dieser Ableitungen ist die Definition des Monopols. Sowjetische Autoren verstehen grundsätzlich und ohne Ausnahme das Wort Monopol als synonym mit dem Wort grosse Unternehmung. Lediglich in der Bestimmung der Untergrenze kommen Unterschiede vor. Monopol ist damit völlig anders verstanden als im Westen üblich. Im Westen definiert man das Monopol meistens nicht morphologisch, sondern im Anschluß an die Verhaltensweise des

Unternehmers. Danach brauchen große Unternehmen, selbst wenn sie marktbeherrschende Unternehmen sind, keine Monopole zu sein. In sowjetischer Auffassung aber ist der Preis eines großen Unternehmens, er sei hoch oder niedrig, immer ein monopolistischer Preis. Eine Wettbewerbspolitik kann es daher gar nicht geben. Schon der Hinweis auf die Existenz großer Unternehmen wird daher als Entlarvung jeder Wettbewerbspolitik als ideologischem Überbau angesehen. Eine antimonopolistische Bewegung ist daher im sowjetischen Sinne nie als Bewegung für die Unterstützung des Wettbewerbs zu verstehen. Sie kann nur revolutionär sein, denn als Monopole gelten alle großen privatwirtschaftlichen Unternehmen. So definierte Monopole aber kann man nur abschaffen, indem man sie verstaatlicht.

Nur von dieser Monopoldefinition aus wird verständlich, wieso man in sowjetischen Veröffentlichungen immer so großen Wert darauf legt, nachzuweisen, daß eine geringe Zahl von Unternehmen einen hohen Anteil am Produktausstoß hat. Hier liegt zweifellos eine politische Absicht zugrunde. Da das Wort Monopol einen negativen Klang hat, faßt man seine Bedeutung von sowjetischer Seite immer so weit, daß die Beseitigung nur revolutionär möglich ist. Soweit die Monopoltheorie daher Leitkriterien für eine Wettbewerbspolitik innerhalb der Marktwirtschaft abgeben soll, ist der sowjetischerseits benutzte Monopolbegriff ^{akt}völlig wertlos.

Bisher hatten wir nur die sowjetische Auffassung des Monopols und von den Verbindungen zwischen Industrie und Finanzkapital erwähnt. Aber das Herüberwachsen dieses Finanzkapitals in den staatsmonopolistischen Kapitalismus spielt für die sowjetischen Autoren eine wichtigere Rolle. Es ist daher noch zu zeigen, wie man sich sowjetischerseits diese Entwicklung vorstellt.

Wir beziehen uns dabei auf einen Aufsatz von Chmel'nickaja.⁶⁴ Danach entstand der staatsmonopolistische Kapitalismus als Folge der Notwendigkeiten des Krieges in den USA. Kriegsaufträge bekamen damals für die meisten Wirtschaftszweige beherrschende Wichtigkeit und ganze Produktionszweige, wie z.B. die Atomindustrie, wurden durch den Staat gegründet. Im Unterschied dazu sei der monopolistische Kapitalismus in der Bundesrepublik mit dem Ziel

entstanden, die Stellung der Monopole wiederherzustellen, die Verluste im Osten wettzumachen und die Position auf dem Weltmarkt zurückzuerobern. Der Staat habe daher begonnen, sich durch Budgetmittel und auf dem Umweg über Kreditinstitute in den Wirtschaftskreislauf einzuschalten. Dabei arbeite er eng mit dem Finanzkapital zusammen. Das Ziel dieser Politik sei, die Akkumulation möglichst hoch zu treiben. ⁶⁵

Die notwendige Erhöhung der Investitionsquote aber konnte aus den Mitteln der Monopole allein nicht finanziert werden, obwohl diese Rohstoffe und Fertiggüter in großem Ausmaß gehortet hatten. Der Staat habe daher die Aufgabe übernommen, das nötige Geldkapital bereitzustellen. Seine Hauptquelle war dabei der Staatshaushalt. Die öffentlichen Haushalte konzentrierten daher etwa 2/5 des Nationaleinkommens, eine Höhe, die etwa dem Ausmaß in anderen westlichen Ländern entsprach, obwohl eine lange Reihe von Jahren hindurch Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik keine Rolle spielten. Als Folge hiervon ergebe sich ein Anteil des Staates an den gesamten Investitionen in der Bundesrepublik von etwa 14 %, von denen etwa 1/3 auf Stationierungskosten und auf die Gründung der Bundeswehr entfallen. ⁶⁶

Aber ebenso wichtig wie die unmittelbaren Ausgaben des Staates für Investitionen seien die ~~indirekten~~ ^{neutralen} Mittel zur Förderung der wirtschaftlichen Expansion. Chmel'nickaja führt mehrere an, ohne allerdings zu einer genauen Systematik zu kommen.

Eine wichtige Finanzierungsquelle waren danach noch die Depositionen der Sparkassen und Anlagen der Versicherungsgesellschaften. Insbesondere den Versicherungsgesellschaften sei durch besonderes Gesetz gestattet worden, ihre Geldmittel auch in anderen Papieren außer Staatsanleihen anzulegen.

Da der Geld- und Kapitalmarkt in der ersten Zeit nur sehr schwach entwickelt war, wurde es wichtig, als Ersatz hierfür Finanzierungsquellen zu schaffen. Emissionen von Aktien und Obligationen spielten nur eine geringe Rolle und als Folge der Inflation und der Währungsreform war der Mittelstand als eine Sparquelle fortgefallen.

Als besonders charakteristisches Beispiel für direkte Staats-
eingriffe wird auf das Investitionshilfegesetz verwiesen. Indirekte
Förderungen der Kapitalbildung aber seien ebenso wichtig
gewesen. Hier handele es sich in erster Linie um Senkung der Ge-
winnsteuern für den Teil der Gewinne, der reinvestiert wurde
(Abschreibungsvergünstigungen). Die Unternehmen zahlten daher
möglichst niedrige Dividenden und benutzten die einbehaltenen
Gewinne für Investitionen. Diese Selbstfinanzierung sei ein cha-
rakteristisches Unterscheidungsmerkmal zur Vorkriegszeit, in der
die Finanzierung von Investitionen gewöhnlich über den Kapital-
markt vor sich gegangen sei. Die Basis für dies Gelingen der
Selbstfinanzierung sei der Warenhunger in der Wiederherstellungs-
periode 1949/50 gewesen, der von einem stürmischen Preisanstieg
getragen war. Die Steuerreform 1952 machte die Möglichkeiten
noch günstiger. Es wurde üblich, Anlagen mit jahrzehntelanger
Lebensdauer in weniger als 3 Jahren abzuschreiben. Allerdings
kamen in dieser Zeit die Preise unter Druck, so daß der Anteil
der Selbstfinanzierung an den Investitionen sogar absank.

Insgesamt ergab sich nach Chmel'nickaja für die 50er Jahre ein
Selbstfinanzierungsanteil an den Investitionen von etwa 40 % im
Unterschied zur Zwischenkriegszeit, in der dieser Anteil nur 11 %
ausmachte.⁶⁷

Hierdurch hatten die Monopole die Möglichkeit, sich relativ ge-
genüber den anderen Teilen des Bürgertums zu verstärken. Als Vor-
bedingung für die notwendigen Preiserhöhungen habe man die Preis-
regulierungen aus der Kriegszeit abgeschafft. Dies war faktisch
eine Unterstützung der Monopole, die jetzt die Möglichkeit er-
hielten, die Preise nach ihrem Belieben zu setzen.

Das Wort freie Marktwirtschaft hierfür sei Ideologie, in Wirk-
lichkeit handele es sich um eine Stärkung der Monopole. Daß dies
so ist, zeige auch, daß auf dem Sektor Kohle und Stahl die Preis-
regulierung beibehalten wurde. Gerade hier aber handele es sich
um Preise, die relativ schneller als das durchschnittliche Preis-
niveau angestiegen seien. Beidemal, bei der Preisregulierung und
bei der freien Preissetzung, stehe der Staat im Dienste der
Monopole.⁶⁸

Schon aus diesen Ausführungen läßt sich herauskristallisieren, was unter staatsmonopolistischen Maßnahmen verstanden ist. Es handelt sich immer um Maßnahmen, die die Stellung der Monopole verstärken. "Der Stärkere wird noch stärker".⁶⁹ Die Argumentation soll zeigen, daß es hiergegen innerhalb des Kapitalismus keine Alternative gibt. Daher dient nach sowjetischer Auffassung einerseits die Freisetzung der Preise den Monopolen, andererseits aber auch die Preisregulierung. Es soll hier von vornherein nicht der Zweifel auftauchen können, ob etwa in Gestalt entweder der freien Konkurrenz oder der Preisregulierungen eine Mäßigung des Kapitalismus eintreten könne. Dieser Moment tritt ebenso wieder auf, wenn über das Staatseigentum in der Bundesrepublik gesprochen wird. Chmel'nickaja geht ausführlicher darauf ein. Während vor dem ersten Weltkrieg in der Hauptsache nur die Eisenbahnen im Staatsbesitz gewesen seien, kamen in den beiden Weltkriegen laufend neue Betriebe hinzu. 1958 seien 13 % allen Aktienkapitals und 12,8 % aller Beschäftigten in Industrie, Handel, Transportwesen und Kreditwesen beim Staat konzentriert gewesen.⁷⁰ Aber dies zeige nur die enge Verbindung zwischen Staat und Monopolen an. Denn der Staat sei oft nur teilweise beteiligt. Aber selbst bei reinen Staatsbetrieben seien die Aufsichtsräte zum größten Teil durch Vertreter der Privatwirtschaft besetzt. Die Staatsbetriebe werden daher zur Unterstützung der Monopole benutzt, was mit Hilfe von Preis- und Tariffdifferenzierung weitgehend möglich sei. Zugleich gebe es eine Kampagne zur Privatisierung dieser Staatsbetriebe. Aber die Monopole haben nur soweit Interesse an einem Aufkauf, als solche Werke unmittelbar einen hohen Profit abwerfen, während die Arbeiterschaft generell gegen solche Privatisierungen eingestellt sei.⁷¹

In jedem Fall werden also solche Varianten wie Preisregulierung oder freie Preisbildung, wie Privatwirtschaft oder Staatsbetriebe lediglich als Variationen innerhalb einer Wirtschaftsstruktur aufgefaßt, die als Ganzes die Aufgabe hat, die Stellung der Monopole zu festigen und zu verstärken. Wo daher freie Preisbildung den Monopolen nützt, da wird freie Preisbildung durchgesetzt und wo ihnen Preisregulierungen nützen, dort gibt es regulierte Preise. Ganz ähnlich ist die Auffassung in bezug auf das Verhältnis von Privat- und Staatseigentum.

Aber dies ist nur die eine Seite der Vorstellung vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Betrachtung von dieser Seite her soll ja nur zeigen, wem diese Maßnahmen nützen, zeigt aber nicht, wodurch diese Maßnahmen inhaltlich gekennzeichnet sind. Eine solche positive Kennzeichnung der staatsmonopolistischen Maßnahmen läßt sehr bald erkennen, daß hierunter im allgemeinen der Gesamtkomplex konjunkturpolitischer Maßnahmen im weitesten Sinne verstanden ist. Konjunktur- und Strukturpolitik sind die Inhalte, die von sowjetischen Autoren gemeint sind, wenn von staatsmonopolistischen Maßnahmen die Rede ist und staatsmonopolistischer Kapitalismus ist ein Kapitalismus, der Konjunkturpolitik betreibt. Daß dies das wesentliche Kennzeichen der Wirtschaften des Westens nach dem 2. Weltkrieg ist, wird kaum jemand abstreiten. Daß diese Maßnahmen tatsächlich den Erfolg gehabt haben, die Konjunkturerwicklung umzugestalten, wird auch von den sowjetischen Autoren gesagt. Daher ist letztlich die Besonderheit der sowjetischen Äußerungen über diese Entwicklung darin zu sehen, daß die sowjetischen Autoren jede Beziehung dieser Maßnahmen auf das Gesamtinteresse abstreiten und die Gesamtentwicklung einseitig auf die Bewahrung monopolistischer Interessen hin interpretieren. Auch hier werden wirtschaftliche Entwicklungen auf ein reines Klasseninteresse zurückgeführt, wodurch überhaupt nichts erklärt wird, sondern lediglich die Tautologie ausgesprochen wird, daß das kapitalistische System so ist, weil es so sein will. Zu zeigen wäre aber gerade, wieso eine marktwirtschaftliche Struktur sich erhalten kann. Die Antwort hierauf müßte immer zum Eingeständnis führen, daß sie sich sachlich bewährt. Sie erhält sich, weil sie bestimmte anliegende Probleme zu lösen in der Lage war und nicht, weil Interessengruppen sie erhalten wollen, wie dies bei einer Zurückführung auf Klasseninteressen behauptet werden muß. Ideologische Argumente abzuführen die sowjetischen Autoren hier in eine Tautologie hinein.

Indem also die sowjetischen Autoren jede Beziehung der kapitalistischen Wirtschaftsformen auf ein Allgemeininteresse ablehnen, besteht für sie die kapitalistische Wirtschaft aus einer Ansammlung von Widersprüchen. Die Frage, ob die Widersprüche nicht eher in der Theorie als in der Wirklichkeit liegen, stellt sich gar nicht. Wir können dies noch an zwei Gebieten zeigen, die Sonder-

gebiete des sogenannten staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellen. Wir wählen dabei die Agrarsituation und den sogenannten Imperialismus aus. Beide werden von sowjetischen Autoren häufig zur Illustration benutzt.

Als erstes soll die Auffassung von der Agrarsituation dargestellt werden. Die grundsätzlichen Interpretationsschemata bleiben hier gleich. An die Stelle des Großkapitals tritt hier der Großgrundbesitz, an die Stelle der Werktätigen die kleinen Bauern. In der Landwirtschaft gibt es nach Chmel'nickaja schon seit langer Zeit einen Protektionismus, der die früheste Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellt. Es entstehe dabei ein Kompromiß zwischen industriellem und agrarischen Bürgertum. Diese Situation war in Deutschland immer schon besonders ausgeprägt und führte zum sogenannten 'preussischen Weg', wobei der Junker von jeher große politische Macht hatte. 22

Dieser Protektionismus sei sehr bald über reine Zollpolitische Maßnahmen hinausgegangen. Vor allem nach dem Krieg wandte man zunehmend typisch staatsmonopolistische Maßnahmen an. Die offizielle Doktrin der sozialen Marktwirtschaft wurde nie auf die Landwirtschaft ausgedehnt. Vielmehr herrsche für das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft das Paritätsprinzip. 23

Während für die entwickelte Industrie der Protektionismus nicht mehr die angemessene Ideologie darstelle, da die Industrie der Bundesrepublik sich gerade im Freihandel überlegen weiß, gilt für die Landwirtschaft das umgekehrte. Diese wünsche besonderen Schutz. Die staatsmonopolistischen Maßnahmen, die dazu ergriffen werden, gehen hauptsächlich von den Monopolen der Nahrungsmittelindustrie und dem Handel aus. Es gebe zwar eine Behörde, die die Importgenehmigungen erteilt und Vorräte verwaltet und die dem Landwirtschaftsministerium unterstellt sei. In Wirklichkeit aber werde die Landwirtschaftspolitik von den interessierten Kreisen beherrscht, vor allem dem Großkapital wie z.B. Südzucker, Margarineunion usw. Es werden Fixpreise festgesetzt, die die Inlandspreise etwa 20-40 % über das Weltmarktniveau heraufschleusen. Die Erhöhungen seien aber in den Produktionszweigen besonders hoch, in denen Großbetriebe vorherrschen, so daß Großbauern unterstützt und Kleinbauern diskriminiert werden. Dies gelte auch für die Verteilung von Subsidien. So werden Dieselöl und Mineräldünger subventioniert, die gerade für große Betriebseinheiten wichtig seien. 24

Die Kommentierung einiger Besonderheiten der Strukturpolitik kann an Hand eines Aufsatzes von Skvorcov ⁷⁵ gezeigt werden. Nach Skvorcov wurde die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Bodenreform durch die Monopole, den Bauernverband und die rechten Sozialdemokraten verhindert. In den ersten Jahren der Bundesrepublik bis 1952 habe noch allgemein die Überzeugung geherrscht, daß eine Bodenreform nötig sei. Danach jedoch schwenkte die offizielle Propaganda um und vertrat den Standpunkt, daß kleine Bodeneinheiten für Investitionen ungünstig und daher unerwünscht seien. 1953 sei dann der Lübkeplan gekommen, der in 15-20 Jahren eine kulaken-kapitalistische Agrarstruktur schaffen solle. Als minimale Hofgröße sei dabei die Größe von 10-20 Hektar geplant. Die damit verbundene Propaganda aber sei demagogisch, da sie behauptet, kleine Bauern lebensfähig zu machen, in Wirklichkeit aber einen großen Teil von ihnen enteignet. Eine richtige Agrarpolitik aber hätte von dem Grundsatz ausgehen müssen, sämtliche Hofeinheiten aufzuteilen. ⁷⁶

Eine ähnliche Unterstützung wird nach Skvorcov den Großbauern bei der Flurbereinigung zuteil. Da hierbei häufig Zuzahlungen zu leisten seien, zu denen Kleinbauern unfähig sind, müßten die Kleinbauern weichen.

Als Folge seien die Bodeneinheiten tatsächlich größer geworden, aber parallel hierzu müssen kleine Einheiten aufgegeben werden. Allein in der Zeit von 1949-1959 seien 147,800 Einzelwirtschaften ausgeschieden.

In ähnlicher Weise nimmt Skvorcov zum Gesetz über Bodenpachten von 1952, zum Landwirtschaftlichen Grundgesetz 1955 und zur Steuerreform Stellung. Die Aufhebung der Höchstgrenzen für Pachten nennt er ein Kulakengesetz. Ebenfalls seien die Steuerensenkungen des Jahres 1956 nur größeren landwirtschaftlichen Einheiten zugute gekommen.

⁷⁷ Ähnlich habe die Agrarpolitik der Bundesrepublik die Hoffnung der Umsiedler aus Polen, der Tschechei und Ungarn enttäuscht. Nur etwa 5 % der neu eingewanderten Bauern hätten Land gefunden. Es gebe zwar ein Gesetz über Neuansiedlungen (1953), aber es bleibe ohne Effekt. Dieses Gesetz werde sogar eine zusätzliche Quelle der Bereicherungen für Großbauern, die gegen hohe Preise Land abgeben. So entstehe unter diesen Umsiedlern eine neue ⁷⁸ "Volks" ohne Raum-Ideologie, als deren Repräsentanten Katzer, Hermes und Reh-

winkel genannt werden. Aber nach Skvorcov gibt es in Wirklichkeit keine Bodenknappheit, sondern nur eine Weigerung, den Boden zu verteilen. Dies beweise auch die Tatsache, daß zunehmend Boden für militärische Zwecke konfisziert werde.⁷⁷

In all diesen Darstellungen haben die staatsmonopolistischen Maßnahmen in der Landwirtschaft überhaupt keinen anderen Sinn als den, die Interessen der agrarischen Bourgeoisie zu vertreten. Zwei Aussagen zeigen die Einseitigkeit dieser Standpunkte/ besonders klar. Dies ist einmal die Behauptung, daß die richtige Maßnahme in bezug auf eine Agrarreform in einer völligen Verteilung des Bodens an kleine Einheiten bestünde. Skvorcov weiß höchstwahrscheinlich ganz genau, daß solche Einheiten tatsächlich nicht lebensfähig sind. Aber dies bedeutet für ihn nichts, da solch eine Verteilung doch nur eine Stufe dieser Agrarreform sein könnte, auf die dann die Schaffung von Kolchosen folgen müßte, wenn überhaupt gesunde Betriebseinheiten gewährleistet werden sollten. Das Ziel jedoch, private Einheiten zu einer lebensfähigen Betriebsgröße zu verhelfen, ist sowjetischen Autoren vollkommen fremd und sie billigen ihm kein Recht zu, weil sie dem Kapitalismus überhaupt jedes Recht abstreiten.

In einer anderen Richtung kommen ähnliche Vorstellungen zum Ausdruck. Skvorcov führt die Abwanderung vom Lande in die Stadt als die Folge einer Vergrößerung der durchschnittlichen Betriebsgröße in der Landwirtschaft an. Er sieht darin den Beweis für die Ausbeutung der Landbevölkerung, ohne im geringsten auf wirtschaftliche Grundlagen dieser Bewegung einzugehen. Es gehört schließlich zum Charakteristikum jeder Industrialisierung in allen Ländern der Welt, daß sie zu einem relativen Absinken der agrarischen Bevölkerung führt. Dieses Absinken ist gerade ein Zeichen der Entwicklung. Mit wachsender Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit ist es daher schlechthin notwendig, daß Arbeitskräfte abwandern. Dies ist also wiederum ein objektiver Prozeß, den Skvorcov einfach vernachlässigt, wobei ^{auf nicht} ~~wiederum~~ das Bild eine Verschönerung auftaucht, die gegen die allgemeinen Interessen verstößt.

Wir können hierbei noch einmal auf das Problem der Teilkrisen eingehen. Sowjetischerseits werden diese Teilkrisen immer angeführt, um nachzuweisen, daß der Kapitalismus die Krisen nicht wirklich überwunden habe. Man fragt aber nie, ob nicht bereits das Äußerste an Konjunktursicherung erreicht ist, wenn statt allgemeiner Krisen nur noch Teilkrisen auftauchen. Dies gilt sicher nicht für alle überhaupt möglichen Teilkrisen, aber es gilt für alle Teilkrisen, die Folgen des technischen Fortschritts sind. Als Beispiel hierfür kann gerade der Abzug der Landbevölkerung in die Städte als Folge der Industrialisierung gelten. Ein anderes Beispiel wäre die Krise des Kohlenbergbaus seit 1958 in der Bundesrepublik, die Folge des Erdöls und neuer damit verbundener Techniken ist. Krisen dieser Art löst man nicht dadurch, daß man sie verhindert, denn dies hieße nur, den technischen Fortschritt auszuschalten. Man kann solche Umwandlungen nur möglichst reibungslos gestalten, wobei sie ~~aber jedesmal~~ den Charakter von Teilkrisen bekommen, die sich nicht zur allgemeinen Krise ausweiten. Das Beispiel der Kohlenkrise in der Bundesrepublik ist hierin besonders instruktiv, da es von sowjetischer Seite häufig vorgebracht wird. Aber genau zur gleichen Zeit setzte auch in der Sowjetunion eine Stagnation im Kohlenbergbau ein, die auch hier Folge der vermehrten Verwendung von Erdöl war. In der Sowjetunion aber kann dies auch nur die Folge haben, daß Bergleute entlassen werden. Ziel der Wirtschaftspolitik ist es daher auch dort, für neue Arbeitsgelegenheiten in einem anderen Gebiet und für berufliche Umschulung zu sorgen. Es ist jedenfalls keine Möglichkeit denkbar, die dies vermeidet.

Nur in dieser Weise lassen sich die Wirkungen der sogenannten staatsmonopolistischen Maßnahmen zusammenfassen. Sie verwandeln den Konjunkturzyklus und setzen an seine Stelle eine Entwicklung, die durch Teilkrisen oder Branchenkrisen gekennzeichnet sind, zu deren Milderung wiederum strukturpolitische (selektive) Maßnahmen notwendig sind. Die Beschreibung dieses Sachverhalts findet sich in den sowjetischen Veröffentlichungen durchaus, wird aber vielfach abgewandelt, so daß die Vorstellung unterstützt wird, als handele es sich hierbei um völlig anormale, aus systematischer

Verletzung des Allgemeininteresses entstehendes Chaos von einander ablösenden Krisen. Dabei wird nicht gezeigt, daß es sich hierbei um Grundzüge der Wirtschaftsentwicklung handelt, die sachlich begründet sind und nur ihrer Form nach unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen anders auftauchen als in der Sowjetwirtschaft. Man muß dies von sowjetischer Seite tun, sofern man die Polarität von absolut krisenfreier sozialistischer und von Krisen geschüttelter kapitalistischer Wirtschaft aufrechterhalten will. Diese Polarität wiederum muß man behaupten, wenn man die totale und bodenlose Ablehnung des Kapitalismus beibehalten möchte.

Bei den bisherigen Erörterungen fiel ein Gebiet völlig aus, das im Rahmen der Darstellungen staatsmonopolistischer Maßnahmen auf sowjetischer Seite im allgemeinen eine besondere Rolle spielt. Dies ist die Analyse des sogenannten Imperialismus. Es handelt sich dabei um ein Gebiet, das in der sowjetischen Vorstellung besonders weitgehend durch Konflikte und Kämpfe bestimmt ist. Auf den Außenhandelsmärkten stehen sich danach die Monopole gegenüber, die um Marktanteile ringen und den Staat als wichtigstes Mittel der Auseinandersetzungen benutzen. Sachliche Begründungen für die Außenhandelsverhältnisse fehlen auch hier nicht völlig, aber sie treten in besonders großem Ausmaß zurück.

Wir können die Art der Argumentation zuerst an Hand eines Aufsatzes über das Verhältnis der Bundesrepublik zum nahen und mittleren Osten zeigen, der von Masic stammt. Masic weist zuerst auf amerikanisch-englische Gegensätze in diesem Gebiet hin. Praktisch sei dieses Gebiet noch am Anfang der 50er Jahre durch diese Interessen beherrscht gewesen. Dann aber versuchten andere Mächte - vor allem die Bundesrepublik - ihre alten Positionen wieder aufzubauen. Die Bundesrepublik habe erfahrene Diplomaten in dieses Gebiet geschickt, die bereits in der Zwischenkriegszeit dort die Interessen der Monopole vertreten haben. Dazu kommen Besuche von Politikern, und inoffizielle Vertreter der Monopole, wie technische und sonstige Experten. Besonderes Interesse habe Krupp an diesem Gebiet, der persönlich Ägypten besucht habe und dort vertreten sei.

Allerdings stehe die Bundesrepublik nicht nur im Gegensatz zu den englisch-amerikanischen Monopolen. Sie dient diesen vielmehr zugleich als Brücke. Das sinkende Prestige der USA in diesem Gebiet solle besonders durch die Bundesrepublik, die dort nicht als imperialistische Macht gelte, wieder gehoben werden. Durch Zitate aus der FAZ und dem Handelsblatt sucht Masio zu belegen, daß diese Funktion der Bundesrepublik auch durch die westdeutsche Presse betont werde. Tatsächlich aber sei dieser Versuch gescheitert.

Hauptmittel für die Expansion sei der Export. Die Monopole der Bundesrepublik betrachten den nahen Osten als ihren natürlichen Markt. 1953 erreichte der Handel sein Vorkriegsniveau und stieg seither darüber an. Dies werde - nach Zitat von Le Monde - durch Dumpingmethoden erreicht.

Die Expansion aber finde dadurch ihre Grenzen, daß die überwiegende Mehrzahl der betroffenen Länder zur Bundesrepublik eine passive Zahlungsbilanz haben. Man versuche diese Barriere dadurch zu überspringen, daß man hohe, von der Regierung garantierte Kredite gebe. Da die Erdölkäufe bei anglo-amerikanischen Monopolen erfolgen, verschaffen sie den Ursprungsländern des Erdöls keine deutschen Devisen, so daß sie keine Kompensation bedeuten können.

Obwohl große Anstrengungen vor allem auch durch Bankengründungen in Istanbul, Kairo und anderen Städten gemacht worden seien, komme der Umfang der Kapitalanlagen noch nicht an den amerikanischen oder englischen Umfang heran. Eine grosse Zahl von westdeutschen Firmen gründete Filialen in diesem Gebiet, z.T. als gemischte Unternehmen, in denen die Monopolisten dann erhebliche Privilegien haben. Auch werden rüstungswichtige Objekte wie Straßen und Brückenbauten gefördert. Hingegen seien Erdölkonzessionen seltener, da auf diesem Gebiet ein Zusammenstoß mit englisch-amerikanischen Monopolen unumgänglich wäre. Im Iran z.B. seien Verhandlungen über Konzessionen im Gebiet von Kum abgebrochen worden, so daß schließlich der Iran die Förderung hier selbst durchführte.

In Ägypten aber zeigten sich nach Masio die wahren Absichten der Monopole. Nach dem Kriege wurde zunächst viel investiert, aber nach der Verstaatlichung der Suez-Kanal-Gesellschaft sei eine

Panik ausgebrochen. Die Käufe aus Ägypten seien systematisch eingeschränkt worden und als Ägypten seinen Handel mit der DDR ausweiten wollte, wurde ein starker Druck ausgeübt. Als Folge seien heute in Ägypten und Syrien die Positionen des westdeutschen Kapitals schwächer als in den übrigen Ländern des nahen und mittleren Ostens. Eine wichtige Markierung bilde hier die Entscheidung über die Ablehnung des Baus des Assuandamms, die aus politischen Gründen erfolgte.²⁹

Besonders eindeutig zeige sich das Verhältnis der Bundesrepublik zu den arabischen Ländern in seinen Beziehungen zu Israel, das im nahen Osten ein Unruheherd sei. Die aus der Bundesrepublik gelieferten Waren seien eindeutig strategischen Charakters. Masic weist auf den Bau einer Eisenbahnlinie nach Südisrael, die dem Waffentransport an die Ägyptische Grenze diene und eines Schiffsdecks zum Bau von Kriegsschiffen hin. 20 % aller Lieferungen an Israel im Jahre 1958 seien Waffenlieferungen gewesen. Diese Stellungnahme sei beim Suezkonflikt offenbar geworden, als Lieferungen an Ägypten sabotiert wurden, während man weiterhin strategische Güter nach Israel transportiert habe.³⁰

Masic schließt mit der Feststellung, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zum nahen und mittleren Osten bisher rein wirtschaftlichen Charakter gehabt hätten, während militärische und politische Ziele bisher maskiert worden seien. Man mache sogar Propaganda mit dem Anti-Kolonialismus der Bundesrepublik. Aber dies sei nur das Präliminarium für eine neokolonialistische Expansion.³¹

Einen ähnlichen Stil wie dieser Aufsatz von Masic hat die Beurteilung des Verhältnisses der Bundesrepublik zum fernen Osten, die Archimov abgibt. Süd-Ost-Asien gilt darin als eine Haupttrichtung des westdeutschen Imperialismus. Vor allem sei Indien wichtig, auf das 59 % des Exports der Bundesrepublik in dieses gesamte Gebiet entfallen. Obwohl die Bundesrepublik gegen Indien eine aktive Handelsbilanz habe, belege sie indische Waren (z.B. Tee) mit Handelshindernissen. Der Kapitalexport nach Indien sei allerdings niedrig als Folge des Verstaatlichungsrisikos. Man ziehe daher technische Hilfe oder Anleihen vor.

Das Stahlwerk Rourkela sei die größte Einheit, die gebaut wurde. Nach Archimov haben hier die westdeutschen Monopole zuerst außerordentliche ungünstige Kreditbedingungen gestellt. Da aber die sowjetische Regierung zur gleichen Zeit den Bau eines Stahlwerkes in Bhilai unterstützt habe, bekam die indische Regierung ein Druckmittel in die Hand, so daß die Kreditbedingungen verbessert wurden.⁸³ Übrigens spielt dieses Beispiel Rourkela auch an anderen Stellen der sowjetischen Presse eine Rolle. So wird z.B. in der Neuen Zeit behauptet, daß in Rourkela 'hemungsloser Rassendünkel' zu Spannungen geführt habe, die es in Bhilai nicht gegeben habe.⁸⁴

Archimov weist dann noch auf die Aktivität einzelner westdeutscher Konzerne und Unternehmen hin wie Mercedes, Mannesmann, AEG usw. Neben Indien seien Hauptgebiete der Expansion Pakistan und Indonesien. In Indonesien nützen die westdeutschen Monopole den indonesisch-holländischen Konflikt aus, um die früher von Holländern getätigten Geschäfte wahrzunehmen. Archimov erwähnt dann die Reise von Ehrhard in dieses Gebiet, die 1958 stattfand. Nach dieser Reise habe die westdeutsche Aktivität besonders zugenommen.

Neben den unmittelbaren Wirtschaftsbeziehungen spielt nach Archimov auch die Ausbildung von Technikern in der Bundesrepublik eine Rolle. Die Nebenabsicht hierbei bestehe darin, eine Orientierung auf die Bundesrepublik zu unterstützen.

Diese Artikel mögen zur Kennzeichnung der sowjetischen Meinungen über die Form der Außenhandelsbeziehungen genügen. Sie beschreiben grundsätzlich die Verhältnisse als einen Kampf der Monopole und bringen dabei immer zum Ausdruck, daß die Absicht der Monopole die Begründung eines Neo-Kolonialismus sei.

das durch den Außenhandelsverkehr
Die zugrundeliegenden staatsmonopolistischen Maßnahmen werden bei Chmel'nickaja⁸⁵ noch einmal zusammengefaßt. Zuerst habe ein Valuta-Monopol des Staates bestanden, das aber nach der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit der Monopole allmählich abgeschafft worden sei. Man sei dann zu direkten und indirekten Unterstützungen des Außenhandels übergegangen. Die direkten Unterstützungen bestanden in der Gründung von Kreditanstalten und von

besonderen Kreditversicherungen für Exporteure, Besonders erwähnt ist hier die "Hermes Kreditversicherungs AG", die für den Fall des Schuldnerbankrotts oder politischer Zahlungsunfähigkeit eintrete. Der Versicherer selbst brauche nur ein Risiko von 20-30 % zutragen.

Als indirekte Maßnahmen gelten die Steuervergünstigungen. Diese seien bis 1954 besonders hoch gewesen. Danach wurden die Vergünstigungen als Folge eines Abkommens mit England über die Schaffung gleicher Starbedingungen im Außenhandel kleiner. Lediglich eine Förderung auf dem Gebiet der Umsatzsteuer sei übriggeblieben. Als Ergebnis aller dieser Vergünstigungen stellt Chmel'nickaja fest, daß in der Regel die Exportpreise der westdeutschen Industrie niedriger seien als die Inlandpreise.

5. Das Verelendungsgesetz, der Lebensstandard und die soziale Lage

Bisher haben wir sowjetische Darstellungen gebracht, die sich mit der Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt oder einzelner Wirtschaftszweige beschäftigten. Darin kamen die Ansichten über die Stellung der Bundesrepublik innerhalb der westlichen Welt, über ihre tatsächliche wirtschaftliche Expansion und über wesentliche Ursachen dieser Expansion zum Ausdruck. Eine Seite blieb dabei bisher völlig unerörtert. Es handelt sich dabei um die sowjetische Stellungnahme zur Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik.

Dabei haben solche Stellungnahmen für den sowjetischen Standpunkt eine ganz besonders große Bedeutung. Es geht hier nämlich um den Angelpunkt der sowjetischen Beurteilung des kapitalistischen Systems überhaupt. Man mag von sowjetischer Seite zugeben, daß eine tatsächliche Expansion stattgefunden habe, daß es eine große Wirtschaftskraft gebe, selbst daß im Durchschnitt die Konsumtion in kapitalistischen Ländern sehr hoch sei. Aber man ist nie bereit, Abstriche an der Behauptung zu machen, daß die Arbeiterschaft im Kapitalismus verelendet. Selbst wenn Steigerungen des Reallohns nicht abgestritten werden können, so werden diese immer so interpretiert, als ob sie nur am Rande liegende Äußerlichkeiten seien, während in Wirklichkeit eine absolute und relative Verelendung vor sich gehe. Diese Behauptung wird ~~den~~ soweit geführt, als ob diese Verelendung sogar die Bedingung für jede wirtschaftliche Expansion in der kapitalistischen Wirtschaft sei.

Hatten wir also bisher die sowjetischen Meinungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt referiert und ~~gezeigt~~ gezeigt, daß die Sowjets staatsmonopolistische Maßnahmen als das Hauptcharakteristikum dieser Entwicklung bezeichnen, so soll jetzt gezeigt werden, daß sie in der steigenden Verelendung des Proletariats die negative Seite dieses Prozesses erblicken. Dem Komplex der staatsmonopolistischen Maßnahmen, die sich in einer Veränderung des Konjunkturzyklus niederschlagen, tritt damit die Verelendung als negative Seite des staatsmonopolistischen Kapitalismus gegenüber. Beide Komplexe zusammen erst charakterisieren die heutige Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung.

Man kann dieses Verhältnis zur Verelendungsthese etwa kurz so beschreiben: Die Verelendung des Proletariats ist der Weg, auf dem die Wirksamkeit der staatsmonopolistischen Maßnahmen erst gesichert wird. Letztlich besteht danach eine Identität zwischen Verelendung des Proletariats und Kapitalismus, so daß im Verelendungsgesetz nur die eine Seite des Kapitalismus zum Ausdruck kommt.

Das Verelendungsgesetz zieht daher die Summe aller Nachteile des Kapitalismus. Es bekommt eine Breite, die in der Bezeichnung selbst nicht zum Ausdruck kommt. Verelendung ist daher auch kein rein wirtschaftliches Faktum. Arbeitlosigkeit, Fehlen der Sozialversicherung, schlechte Wohnverhältnisse, ungenügende medizinische Hilfe gehören natürlich nach sowjetischer Auffassung zum Phänomen der Verelendung. Aber ebenso sind Kriege, Militarisierung der Wirtschaft, selbst das Verbot der kommunistischen Partei Zeichen der kapitalistischen Ausbeutung des Proletariats.

Schon diese Zusammenstellung zeigt, wie schwer es ist, hier tatsächlich genaue Begriffe zu finden. Die Verelendung ist nämlich auch nicht meßbar, nicht quantifizierbar, daher auch nicht beweisbar. Selbst das Steigen des Reallohns sagt nichts darüber aus, wie sich die Verelendung entwickelt hat. Es kann sich die Kriegsgefahr ja gesteigert haben oder die Intensität der Arbeit. Da ja auch die Kriegsgefahr im kapitalistischen System gründet, gibt es immer viele Argumente, die Verelendung zu behaupten.

Dieser umfassende Charakter der Verelendungsthese ist auch der Grund dafür, daß die Darstellungen der Massenpresse über wirtschaftliche Verhältnisse in der Bundesrepublik fast immer entweder von der Verelendung des Proletariats ausgehen und oder in sie hereinkünden. Da die Verelendung alle negativen Momente der kapitalistischen Gesellschaft zusammenfaßt, muß sie zum Zentralpunkt jeder Agitation werden. Dies ist auch die Ursache dafür, daß wir bisher nur wenige Hinweise auf die Argumentationen der Massenpresse gegeben haben. Erst innerhalb dieses letzten Kapitels werden wir versuchen, einen Eindruck von den hier angewendeten Methoden zu geben.

Den Gesamtkomplex dieser Verelendungsvorstellung wollen wir an Hand eines Aufsatzes von Kusminov ⁸⁶ erläutern. Kusminov lehnt die Trennung von wirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Faktoren ab. Konjunkturkrisen und Kriege, politische Einrichtungen und wirtschaftliche Institutionen sind in gleicher Weise ökonomisch bedingt. ⁸⁷ Alles Elend der Kriege, der Rüstungen, imperialistischer Unterdrückung, Befreiungskämpfe usw. geht damit auf das Konto des Kapitalismus und macht die Verelendung aus. Eine Trennung wirtschaftlicher und außerwirtschaftlicher Faktoren wird im Zusammenhang mit dem Verelendungsgesetz auch von allen anderen sowjetischen Autoren abgelehnt, obwohl die Ablehnung häufig nur rein äußerlich ist. In anderer Beziehung allerdings forderte Mendelson ⁸⁸ bereits, wirtschaftliche Erscheinungen wie Konjunkturkrisen streng gegen außerwirtschaftliche Erscheinungen wie Kriege abzusondern. Aber diese Forderung ging nicht über den Bereich der Konjunkturtheorie hinaus.

Kusminov trennt unter Bezugnahme auf Lenin absolute und relative Verelendung. ⁸⁹ Ausgangspunkt beider - die eine Einheit bilden - ist der steigende Grad der Ausbeutung der Arbeitskraft. Es geht dabei um die ständige Erhöhung der Zahl der ausgebeuteten Arbeiter und die Erhöhung des Ausbeutungsgrades. Als klassische Definition der Verelendung gilt die Unterscheidung von Lenin:

1. Absolute Verelendung drückt sich darin aus, daß der Arbeiter direkt ärmer wird als vorher, sich schlechter ernährt und primitiver lebt.
2. Die relative Verelendung zeigt sich hingegen in einer Verringerung des Anteils der Arbeiter am Volkseinkommen. Die Millionäre bereichern sich schneller als die Arbeiter.

Aber diese Definition ist völlig unklar, ~~so daß Kusminov sie erweitern muß.~~ Denn es ist darin nicht gesagt, auf welche Basis sich die absolute Verelendung beziehen soll. Dies ist daher auch der eigentlich schwache Punkt der Verelendungstheorie. Bezieht man die absolute Verelendung auf das physische Existenzminimum, so ist klar, daß sie nicht tendenziell fortschreiten kann. Unter das physische Existenzminimum kann die Versorgung nie sinken. Es gibt dann aber nur eine relative Verelendung. Bezieht man hingegen die absolute Verelendung auf den Wachstumstrend des Volkseinkommens, so gibt es nur eine absolute Verelendung.

Aber Kusminov macht sich um solche Schwierigkeiten keine großen Sorgen. Er zieht sich heraus, indem er bestimmt, daß nur die relative Verelendung quantifizierbar sei und in einer einheitlichen Kennziffer ausgedrückt werden könne, die absolute Verelendung hingegen nicht.⁹⁰ Damit ist in der absoluten Verelendung eine Größe gefunden, die allen Ansprüchen der Agitation genügt. Sie ist nicht quantifizierbar und deshalb beliebig interpretierbar.

Ist so gesichert, daß ein Anstieg des Reallohns und des Versorgungsniveaus niemals als Sinken des Verelendungsgrades verstanden werden kann, so behauptet Kusminov doch noch, daß es im Kapitalismus eine generelle Tendenz zum Senken des Reallohnes gibt.⁹¹ Die Zuverlässigkeit westlicher Statistiken zieht er in Zweifel und bezieht sich auf Berechnungen von Kuczynski. Er macht aber klar, daß er die angebliche Tendenz zum Sinken des Reallohns völlig versubjektiviert. Er weist nämlich darauf hin, daß man den Kampf der Arbeiterklasse nicht unterschätzen dürfe. Hier liegt auch tatsächlich für die Sowjets eine Schwierigkeit. Wenn sich der Klassenkampf laufend verschärft, wie dies von den Sowjets behauptet wird, muß dieser Klassenkampf schließlich doch zu gewissen Erfolgen führen. Das sagt Kusminov auch, fügt aber hinzu, daß ohne diesen Klassenkampf die Arbeiter auf das Niveau rechtloser Sklaven absinken würden.⁹² Hieraus läßt sich erschließen, was bei Kusminov die Tendenz zum Sinken des Reallohns in Wirklichkeit ist. Sie ist eine dauernd wirksame Absicht der Unternehmer, die Löhne zu senken. Sinken diese Löhne nicht, sondern steigen sogar, so ist das eben eine Entwicklung gegen die Tendenz zum Sinken des Reallohns, ohne daß diese Tendenz zum Verschwinden gebracht würde. Steigender Reallohn und Tendenz zum Sinken des Reallohns sind dann vereinbar.

In den tatsächlichen Untersuchungen sowjetischer Ökonomen über das Lebensniveau der Arbeiter in der Bundesrepublik treten allerdings solche interpretatorischen Schachzüge zurück und es gibt einige Ansätze zur Versachlichung der Diskussion. So bezeichnet Ljubimov⁹³ den Reallohn als die wichtigste Kennziffer für die Beurteilung des Lebensniveaus der Werkstätigen. Die übrigen Einflüsse, wie Kriege, Militarisierung usw. werden nur in einer Anmerkung erwähnt und stören die Untersuchung weiter nicht.⁹⁴ Ähnlich ist es in einem Aufsatz von Sorokopud.⁹⁵ Wir werden auf beide Aufsätze näher eingehen,

um dann an Hand einiger Zitate aus der Massenpresse zu zeigen, wie wertvoll für die Agitation die Vermischung von wirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Faktoren tatsächlich ist.

Ljubimova versucht einen Eindruck von der Entwicklung des Reallohns in der Bundesrepublik zu geben. Die offizielle Lohnstatistik wird dabei angezweifelt. Der Vorwurf lautet, daß diese nicht das tatsächliche Einkommen der Arbeiterklasse ausweise, sondern nur monatliche, wöchentliche oder Stundenverdienste. Dabei werde die Arbeitslosigkeit und die unterschiedliche Intensität der Arbeit nicht berücksichtigt. Ebenso wird die Statistik der Lebenshaltungskosten mit Hilfe von typischen Familieneinheiten angezweifelt, weil die zugrundeliegende Basis jahrzehntelang in Kraft bleibe und daher die tatsächliche Entwicklung nicht widerspiegeln könne.⁹⁶

In Wirklichkeit ist nur dieser letzte Vorwurf berechtigt und dieser trifft die Methode überhaupt nicht. Die Behauptung hingegen, die Intensität der Arbeit müsse berücksichtigt werden, übersieht völlig die statistische Unmöglichkeit einer solchen Messung. Außerdem hat die Messung des Reallohns mit der Arbeitsintensität überhaupt nichts zu tun.

Ljubimova meint dann, daß man sich dennoch auf diese Ziffern stützen müsse. Sie seien aber mit Hilfe von Zahlen aus der Arbeiterbewegung und nach eigenen Berechnungen zu korrigieren. Dabei ergeben sich ganz verblüffende Ergebnisse. Bei 1938=100 sei 1950 der Reallohnindex bei 91 gewesen, 1960 hingegen bei 147.⁹⁷ Um diese Ziffer mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes vergleichen zu können, rechnen wir sie auf die Basis von 1950=100 um und bekommen dann die Höhe des Reallohnindex von Ljubimova bei 1960=151. Nach den Zahlen des statistischen Bundesamtes für Bruttowochenverdienste (~~Jahrbuch 61 S. 497~~),⁹⁸ korrigiert mit dem Lebenshaltungskostenindex der unteren Verbrauchergruppe,⁹⁹ ergibt sich ein Lohnindex für 1960 von 169. Korrigiert man die Bruttowochenverdienste hingegen mit dem Index für ^{die} mittlere Verbrauchergruppe,¹⁰⁰ so liegt der Reallohnindex für 1960 bei 174. Bedenkt man die Schwierigkeiten der Bestimmung solcher Durchschnittsindices, so ist die Differenz eigentlich eine Diskussion nicht wert.

Ljubimova behauptet dann, diese Reallohnsteigerung sei nur möglich gewesen, weil die Existenz der DDR ein wesentlicher Faktor sei, um den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Außerdem sei die Steigerung nur durch Arbeitskämpfe möglich gewesen. Anstatt darauf hinzuweisen, daß in der Bundesrepublik erfolgreiche Arbeitskämpfe überhaupt möglich sind und ein Streikrecht besteht, wird aus der Existenz von Arbeitskämpfen noch eine zusätzliche Kritik hergeleitet.

Der Aufsatz von Sorokopud, der ebenfalls die Verelendung im Kapitalismus zum Gegenstand hat, geht nicht auf die Reallohnentwicklung ein, sondern wählt die Mehrwertrate zum Ausgangspunkt der Diskussion. Nur die Mehrwertrate sei ein gerechtfertigter Ausdruck für die Ausbeutung, die charakteristischerweise von bürgerlichen und reformistischen Theoretikern abgelehnt werde.¹⁰¹ Er geht dann kurz auf die Methode der Bestimmung der Mehrwertrate ein. Man braucht ^{nicht} nur diese Methodik anzusehen, um zu erkennen, warum bürgerliche Theoretiker in Wirklichkeit die Mehrwertrate ablehnen.

Die Mehrwertrate soll danach das Verhältnis der Lohnneinkommen zu den Gewinneinkommen bestimmen (nach Marx: Verhältnis von variablen Kapital zum Mehrwert als Summe aller Kapitaleinkommen). Um zu der richtigen Ziffer zu kommen, muß nach Sorokopud von der Summe der Löhne ausgegangen werden. Von diesen Löhnen müssen sämtliche Lohnsteuern und indirekte Steuern abgezogen werden und dem Mehrwert als Summe aller Gewinne vor der Versteuerung zugeschlagen werden. Von der gesamten Volkseinkommensgröße muß dann noch abgezogen werden die Summe sämtlicher Dienstleistungen, sämtlicher Einkommen ¹⁰² von einfachen Warenproduzenten und der Einkommen aus dem Ausland. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um eine Ziffer, die den um indirekte Steuern verminderten persönlichen Konsum der Arbeiterschaft einschließlich der Angestellten der Summe von Staats- und Unternehmereinnahmen aus dem Inland gegenüberstellt. Dabei steckt die Kennziffer voller Widersprüche. Ein Arbeiter im Staatsdienst z.B. erscheint mit der vollen Summe seiner Einkommen im Mehrwert. Ebenfalls sämtliche Sozialausgaben usw. Außer agitatorischer Zweck ist aus dieser Kennziffer nichts herauszulesen. Es ist auch kaum erstaunlich, daß die errechnete Ziffer der Mehrwertrate außerordentlich hoch ist. 1950=288, 1955=353, 1960=327.¹⁰³

Gänzlich anders¹⁰⁴ die Mehrwertrate berechnet sich wiederum der Anteil der Löhne am Sozialprodukt. Er ist nach Sorokopud 1950=45,1%, 1960=39,8%.¹⁰⁴ Da über die Methodik der Berechnung nichts gesagt ist, erscheint hier ein Vergleich mit Ziffern aus der Bundesrepublik sinnlos. Ein Vergleich hingegen mit Ziffern vom Deutschen Wirtschaftsinstitut aus Ostberlin, den Sorokopud selbst durchführt, erscheint etwas interessanter. Während Sorokopud 1957 mit einem Lohnanteil am Sozialprodukt von 43,4 % rechnet, bestimmt dieses Institut den Lohnanteil 1957 mit 35 % und bleibt damit 8,4 % unter der Schätzung von Sorokopud. Sorokopud führt die Differenz zwar an,¹⁰⁵ äußert sich aber nicht dazu.

Als nächstes können wir zu einem Aufsatz von Fisevskij¹⁰⁶ übergehen, der zur Darstellung der Massenpresse überleiten kann. Während die vorhergehenden beiden Aufsätze von Ljubimova und Sorokopud Ansätze von Sachlichkeit haben, besteht dieser Aufsatz aus einem Gewimmel von Widersprüchen. Der Aufsatz stammt von 1958, aus einer Zeit also, in der man in der Sowjetunion allgemein mit einer neuen allgemeinen Krise des Kapitalismus rechnete.

Ausgehend von der Verwendungsseite des Sozialprodukts weist Fisevskij darauf hin daß sich der Anteil des persönlichen Konsums am Sozialprodukt von 1950 - 1958 von 63,6 % auf 58,5 % verringert habe. Der Rest verteile sich auf Staatsausgaben, Investitionen und Außenhandelsaldo. Diese Ziffer sei niedriger als in allen anderen kapitalistischen Ländern. Gerade bei Investitionen und Staatsausgaben aber handele es sich um Aufwände, die ausschließlich den Interessen der Monopole dienen.¹⁰⁷

Zwar sei in dieser Zeit der Reallohn gestiegen, aber die Arbeitswoche habe sich verlängert und die Zahl der Überstunden sei größer geworden. Die Steigerung der Nominallöhne aber verdecke in Wirklichkeit die steigende Kluft zwischen qualifizierter und einfacher Arbeit. Vor allem seien die Fraueneinkommen sehr niedrig.

Der Anteil der Gewinne am Sozialprodukt aber sei gestiegen, so daß die Unternehmer investieren konnten. Dies beweist nach Fisevskij, daß die Expansion der Bundesrepublik durch einen sinkenden Lebensstandard ermöglicht wurde.¹⁰⁸

Es ist nötig, bei diesem letzten Argument etwas zu verweilen, da es in sowjetischen Veröffentlichungen dauernd auftaucht. Danach wäre die Höhe der Investitionsquote ein Maßstab für die Ausbeutung der Werktätigen. Es handelt sich dabei um einen Fehlschluß, der darauf beruht, daß Investition rein statisch als Aufwand bezeichnet wird, der nicht Konsum ist. Je höher der relative Anteil der Investition am Volkseinkommen, um so niedriger erscheint daher die Konsumtion. Zugleich aber ist Investition, dynamisch betrachtet, antizipierte Konsumtion. Die Konsumtion entsteht aus der Nacheinanderfolge von Investition, Produktion und Konsumtion. Steigerung der Konsumtion geschieht daher immer dadurch, daß man diese Aufeinanderfolge von vorn anfängt. Man kann nicht erst konsumieren, dann produzieren und schließlich investieren. Konsumerhöhung bedeutet daher in der dynamischen Wirtschaft immer Investition. Würde man nicht investieren, so müßte auf etwas längere Sicht immer der Konsum hinter seiner sonst möglichen Höhe zurückbleiben.

Daher ist die Höhe der Investitionsquote immer ein Maßstab für die Expansion der Konsumtion. Sofern sowjetische Autoren über kapitalistische Länder sprechen, in denen die Expansion der Konsumtion langsam vor sich geht und folglich die Investitionsquote niedrig ist, weisen sie tatsächlich auch auf die Höhe der Investitionsquote der Sowjetunion hin. Man sollte daher meinen, daß sie die Situation eines Landes wie der Bundesrepublik mit hoher Investition und hoher Expansionsrate besser beurteilen würden. Aber ganz gleich, ob die Investitionsquote niedrig oder hoch, das Wachstum langsam oder schnell ist, die Situation wird immer als schlecht hingestellt.

Fisevskij weist dann auf die dauernde Inflation hin, die besonders bei unentbehrlichen Konsumgütern vor sich ¹⁰⁹geht. Zwar sei der Verbrauch langlebiger Konsumgüter gestiegen. Aber Arbeiter können sie nur kaufen, wenn sie auf ausreichende Ernährung verzichten. Stattdessen gebe es eine demagogische Kampagne für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Diese Methode zur Auspressung von Mehrwert suche dem Arbeiter einzureden, daß eine hohe Arbeitsproduktivität nicht nur dem Unternehmer, sondern auch ihm selbst nütze. Aber die hält Fisevskij für völlig falsch, denn in Wirklichkeit sei die Lohnhöhe von der Arbeitsproduktivität nicht abhängig. Sie sei Ergebnis eines Machtkampfes und der Gewinntrieb die eigentliche Ursache für Preiserhöhungen. ¹¹⁰

Die Kampagne aber habe tatsächlich Erfolg gehabt, so daß die Arbeitsproduktivität in der Industrie 1950-1957 um 39 % gestiegen sei, pro Stunde sogar um 50 %.¹¹¹ Daß eine solche Ziffer der Behauptung von Fisevskij widerspricht, die Arbeitswoche habe sich verlängert, stört ihn nicht. Aber es dürfte doch selbstverständlich sein, daß die Arbeitsproduktivität insgesamt nur dann langsamer steigen kann als pro Arbeitsstunde, wenn die Arbeitszeit absinkt.

Auch andere Widersprüche erträgt Fisevskij. So sei der Arbeitslohn nicht annähernd mit der Arbeitsproduktivität mitgestiegen. Er sagt aber auf den ersten Seiten desselben Aufsatzes, daß der Nominallohn 1950-1957 etwa um 50-60 % gestiegen sei.¹¹² Auf einer anderen Stelle behauptet er, die Lebenshaltungskosten hätten sich in diesem Zeitraum um etwa 15 % erhöht.¹¹³ Jeder Leser kann sich ausrechnen, daß nach diesen Ziffern der Reallohn genau so stark angestiegen sein muß wie die Arbeitsproduktivität insgesamt.

All diese Behauptungen sind für Fisevskij die Grundlage für die Ablehnung der Partnerschaftsthese. Diese sei apologetisch, die Zusammenarbeit für das 'allgemeine Wohl', die Verwandlung des Kapitalismus in 'heutige Industriegesellschaft', ebenfalls die Teilnahme der Gewerkschaften an der Industrieverwaltung eine reine Fiktion. Alle Losungen wie 'Eigentum für alle' oder 'Demokratisierung' des Kapitals hätten nur die Absicht, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu untergraben.¹¹⁴

Aber eine dauernde Bewegung der Arbeiter gegen diese Propaganda wachse heran. Der Unwille gegen die Atombewaffnung wird ständig größer. Die DDR, die ein völlig friedliebender Staat sei, werde zu einem immer wichtigeren Vorbild. Dies finde seinen wesentlichen Ausdruck in der kommunistischen Partei, die trotz aller Hindernisse weiterlebe und im Kampf die westdeutsche Arbeiterklasse im Geiste der Ergebenheit gegenüber dem Marxismus und den revolutionären Traditionen erziehe.¹¹⁵

Diese Kritik an der Sozialpartnerschaft findet sich überhaupt sehr häufig und richtet sich meistens gegen die sogenannten rechten Flügel der SPD. So auch in einem anderen Aufsatz in der Kritik an Bemühungen, einen Investivlohn durchzusetzen. Es seien¹¹⁶

Gegner des Sozialismus, die sich als 'seriöse Kritiker' des gegenwärtigen Imperialismus ausgeben und bisweilen sogar mit marxistischen Termini jonglieren. Mit 'lobenswertem Bedauern' weisen sie auf die Fehler des kapitalistischen Systems hin - auf die Neigung zu Krisen, zur schleichenden Inflation, auf die politische Gefahr der Arbeitslosigkeit usw. Auf die Frage: "Warum findet unsere Gesellschaftsordnung keine allgemeine Zustimmung?" antworten sie: 'Die tiefste Ursache eines solchen ablehnenden Verhaltens ist dort zu suchen, daß die gegenwärtige Eigentumsverteilung nicht mehr der sozialen Struktur unserer Zeit entspricht'.

Mit Hilfe eines 'Volkskapitalismus' solle eine demoralisierende Wirkung auf das Klassenbewußtsein der Werktätigen ausgeübt werden. Dies aber sei ein primitives Schema. Dem Arbeiter werde gesagt, daß er durch seinen Aktienkauf Miteigentümer der Produktionsmittel werde, so daß das Kapital sich demokratisiere und der Kapitalismus seinen ausbeuterischen Charakter verliere. Aber in Wirklichkeit führe die breitere Streuung des Aktienbesitzes nicht zur Demokratisierung des Kapitals, sondern zur Konzentration der Kontrolle über die Masse des Aktienkapitals in den Händen weniger monopolistischer Gesellschaften. Die Volksaktie sei daher ein psychologisches Schutzmittel des Großkapitals.

Diese Ablehnung des 'Volkskapitalismus' wird immer wieder vorgebracht. So wird an anderer Stelle ¹¹⁷ gesagt, der Arbeiteranteil an den Käufern von Volksaktien sei sehr niedrig. Immer aber ergäbe sich aus der Zersplitterung der Stimmen die Folge, daß die Banken mit Hilfe ihres Depot-Stimmrechts beliebig in ihrem Interesse entscheiden können. Wieder an anderer Stelle ¹¹⁸ wird als Argument gegen die Möglichkeit der Sozialpartnerschaft auf den Metallarbeiterstreik von 1956/57 in Schleswig-Holstein hingewiesen, auf den ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes folgte, das die Metallarbeiterschaft zum Schadenersatz verurteilte.

Neben diesen allgemeinen Darstellungen können wir noch auf eine besondere Gruppe von Artikeln hinweisen, die mit Hilfe gewisser Stimmungsbilder argumentieren und meistens als Korrespondentenberichte in der Massenpresse auftauchen. Hier werden bestimmte Einzelfakten ohne Zusammenhang aufgegriffen. Vielfach erinnern diese Berichte in ihrem Stil an die sozialkritische Journalistik der 20er Jahre. Aber dies ist in Wirklichkeit nur ein äußerlicher Eindruck.

Um eine Vorstellung von der Art dieser Argumentationen zu geben, genügt es nicht, einfach den Inhalt zu referieren, wie wir es bei den meisten vorhergehenden Artikeln getan haben. Da es hier weniger auf die Richtigkeit der Behauptungen ankommt, sondern eher auf den ganzen Zusammenhang, in dem sie auftauchen, werden wir einige Passagen hieraus ausführlich zitieren.

Zuerst folgt eine Darstellung aus Trud, die die Einkommensdifferenzierungen der Bundesrepublik zum Gegenstand hat.

"Für wen sind Pasteten und Windbeutel...? Jeden Sonnabend, nachdem der einfache Deutsche seinen Wochenlohn auf den Tisch gelegt hat, macht er sich mit seiner Frau ans Rechnen. Die Ergebnisse sind niederdrückend. Die Erzeugnisse werden teurer, die Miete steigt, aber der Lohn wächst nicht. Er fühlt es an seiner eigenen Tasche, wie teuer ihm jener 'entscheidende deutsche Beitrag zur Verteidigung der freien Welt' zu stehen kommt, den Tag und Nacht die Zeitungen und der Rundfunk herausposaunen.

Die westdeutsche Zeitung 'Süddeutsche Zeitung' bringt interessante Auskünfte: für jedes Panzerfahrzeug der Bundeswehr werden eine Viertelmillion DM ausgegeben, jeder Tank kostet 500.000 DM und jedes Jagdflugzeug vom Typ 'Starfighter' 5,5 Mio DM. Aber das sind noch 'Kleinigkeiten'¹¹⁷

Oder einige 'Reisenotizen' aus der Izvestija:

"Entscheidende Veränderungen hat es in der Wirtschaftslage der Bundesrepublik gegeben. Im Hause des Geheakten spricht man nicht über den Strick. Für eine ebensolche Taktlosigkeit wird jetzt in der Bundesrepublik die Erwähnung des 'Wirtschaftswunders' gehalten. Noch unlängst klagen die der Wirtschaft der Bundesrepublik gewidmeten Artikel westdeutscher Zeitungen wie feierliche Öden und Lobhymnen. Jetzt ähneln sie mehr höchst traurigen Elegien. Unruhe und Verwirrung herrschen heute in Industriekreisen der Bundesrepublik.

Die Gründe für diesen jähen Umschwung sind mehr als deutlich. Die offiziellen statistischen Daten zeigen, daß in der Bundesrepublik in der letzten Zeit eine scharfe Verlangsamung des Produktionswachstums zu beobachten ist. Während im Januar und Februar vergangenen Jahres die allgemeine Wachstumsrate der Industrieproduktion 10 % betrug, sank sie in diesem Jahr für die gleiche Periode auf 2,6 %. Die Zahl der Aufträge ging merklich zurück, die Industriekapazitäten sind nicht ausgelastet, der Aktienkurs an der Börse fällt, die Preise der Waren steigen, die Kaufkraft der Mark sinkt, auf dem internationalen Markt beginnt die Produktion der anderen Länder die Waren der westdeutschen Produktion zu verdrängen.

Die komplizierte Situation hat die 'Kapitäne' der westdeutschen Wirtschaft ernstlich beunruhigt. Sie begannen fieberhaft einen Ausweg aus der Situation zu suchen, die für sie gefährliche Folgen haben kann. Anfangs trat Bundeswirtschaftsminister Erhardt, er 'Vater des Wirtschaftsunders', mit einer ganzen Reihe von Reden über Radio und Fernsehen und auf Massenversammlungen auf. Er erklärte die Gewerkschaften und die Werktätigen, die Lohnerhöhungen kämpften, für schuldig an allen Schwierigkeiten.

Einige Zeit später beschlossen auch die westdeutschen Unternehmer, ihre Stimme zu erheben. Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes Berg wandte sich an die Bevölkerung der Bundesrepublik und erklärte: 'Alles, was bis jetzt erreicht worden ist, wird aufs Spiel gesetzt, wenn wir auch weiterhin so leben wie in den vergangenen Jahren!. Mit anderen Worten, verzichtet nicht nur auf den Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern macht auch noch darauf gefaßt, daß ihr den Riemen enger schnallen müßt ...

Die Kluft zwischen dem Lebensstandard der großen Masse der Bevölkerung und der parasitären Oberschicht vertieft sich. In den USA sind es die 'oberen 10.000 Familien', die ein luxuriöses Leben führen. In der Bundesrepublik gibt es davon wahrscheinlich nicht weniger. Diese haben die besten Grundstücke an den Küsten Spaniens, Italiens, Südfrankreichs und bauen dort Villen, die Fürstenhöfen ähneln. Sie errichten für sich so exklusive Restaurants wie die Düsseldorfer 'Datscha'. Ihr Besitzer beschloß, den 'Luxus des russischen Zarenhofes' wieder aufleben zu lassen. Dort sind die Stühle mit Zobelpelz überzogen, dort kann man auf Wunsch Champagner aus Gefäßen trinken, die eine genaue Nachbildung der Zarenkrone darstellen. Die Rechnungen sind in diesem Restaurant ebenfalls, versteht sich, 'zaristisch' - für eine Portion Kaviar, eine Flasche Champagner und eine Tasse Kaffee zahlt man dort einige hundert Mark. Man kann sich leicht vorstellen, welchen Zorn und welche Empörung die in der Presse erscheinenden Berichte über die Lebensart der Krösusse von Rhein und Ruhr bei der werktätigen Bevölkerung hervorrufen."²⁰

Ein anderer Artikel sei noch erwähnt. Er trägt den Titel: 'Freizügigkeit in die Sklaverei'.

"Jetzt ist bei den Monopolisten der 6 Länder infolge des zwangsläufigen, zyklischen Aufschwunges der Produktion und des Wetrüstens der Bedarf an Arbeitskräften jäh angestiegen. Auf dem 'Arbeitsmarkt' der Bundesrepublik gibt es immer weniger Jugendliche, weil ein Teil von ihnen in die Kasernen der Bundeswehr abgezogen wird und weil der gegenwärtige Nachschub an arbeitsfähigen Personen in der westdeutschen Bevölkerung an sich nicht zahlreich ist: das Resultat des Fallens der Geburtenziffer in den letzten Jahren des Faschismus. Frankreich, das seine Kolonien eingebüßt hat, ist nicht in der Lage, den Stop des Zuflusses algerischer, marokkanischer und tunesischer Arbeiter zu überbrücken. Die norditalienischen

Kapitalisten suchen, obwohl 2,5 Mio ihrer Landsleute in den letzten 1 1/2 Jahren auf der Suche nach Arbeit auswanderten, heute selber qualifizierte Arbeitskräfte in ganz Westeuropa (in Wahrheit gibt es in jedem der 6 Länder, wie in jedem kapitalistischen Staat, Armeen von Arbeitslosen).

Den Monopolisten der Bundesrepublik ist es gelungen, die Hauptmasse der Emigranten in ihre Betriebe zu locken, nachdem sie diesen Strom von Arbeitskräften den Konkurrenten im Bund der 'Sechs' weggeschnappt hatten. Gegenwärtig schätzt man, daß von den 1,3 Mio im Ausland beschäftigten westeuropäischen Arbeitern ungefähr 700.000 in der Industrie der Bundesrepublik arbeiten ... Aber die Rechnung der politischen und wirtschaftlichen Drahtzieher, in der Masse der Emigranten unterwürfiges 'Menschennmaterial' zu finden, ist offensichtlich nicht aufgegangen. Die bürgerlichen Zeitungen schreiben mit wachsendem Schrecken über die 'Radikalisierung der westdeutschen Arbeiter unter dem Einfluß der ausländischen Werktätigen' über einen Import von Menschen'.... Die Besitzer des Schachtes 'Graf Bismarck' in Gelsenkirchen waren gezwungen, sich an die Behörden um Hilfe zu wenden: sie forderten, die spanischen Emigranten, die gestreikt hatten, aus der Bundesrepublik auszuweisen. Überall unterstützen die ausländischen Arbeiter Streiks und das Auftreten ihrer westdeutschen Klassenbrüder". 21

Diese rein an das Gefühl appellierenden Darstellungen wenden sich eigentlich allen Problemen der Wirtschaft der Bundesrepublik zu, um ihnen eine Beziehung zur Verelendung der Arbeiterklasse zu geben. Sie verzichten auf jede zusammenhängende Information und auf die Diskussion von Ursachen, so daß scheinbar unmittelbar menschliche Impressionen entstehen. Es entsteht ein Grau in grau, aus dem es außer der sozialistischen Lösung keine Rettung gibt. Man zeigt daher auch nicht, daß es Mißstände überall gibt, man sagt nicht, daß es auf das Gewicht ankommt, das sie innerhalb der Gesellschaft haben. Auch Bemühungen um Verbesserungen werden nicht berichtet oder Erfolge bei der Lösung sozialer Probleme. Da naturgemäß immer Probleme zur Lösung übrigbleiben, kann man durch einseitige Beleuchtung tatsächlich jedes beliebige Ergebnis erzielen. Überraschend ist dabei eigentlich nur die Unverfrorenheit, mit der völlig von der sowjetischen Wirklichkeit abgesehen und die kapitalistische Wirklichkeit als Popanz aufgebaut wird. In der kapitalistischen Gesellschaft verelendet die Rüstung die Bevölkerung, in der sozialistischen Gesellschaft hingegen schützt sie den Aufbau des Sozialismus. In der kapitalistischen Gesellschaft gibt

es Streiks, Arbeitskämpfe usw., in der sozialistischen Gesellschaft hingegen herrscht die totale Harmonie der Interessen, die Streiks überflüssig macht. Im Kapitalismus knechtet dieselbe Maschine den Menschen, die ihn im Sozialismus befreit.

Dabei werden viele wichtige Gebiete, die mit den Fragen des Lebensstandards zusammenhängen, völlig übersehen. Es gibt in der ganzen Sowjetunion so gut wie keine Informationen über das Sozialsystem in kapitalistischen Ländern. Sowjetische Autoren haben gewöhnlich keinerlei Vorstellungen darüber, wie es funktioniert und wie hoch die Aufwendungen sind. In der gesamten Fachpresse waren nur zwei Artikel zu finden, die sich mit diesem Thema beschäftigten und beide umfaßten je 5 Seiten.¹²² Dies ist alles, was über das Sozialsystem sämtlicher Länder der westlichen Welt zu finden war. Man kann daher nur zu dem Ergebnis kommen, daß in bezug auf die Lebenslage der Arbeiterschaft der Bundesrepublik die tatsächliche Information in der Sowjetunion im Verhältnis zu allen anderen Wirtschaftsbereichen am unzuverlässigsten ist.

6. Zusammenfassung

Zum Schluß seien noch einmal die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt. Wir werden zu diesem Zweck die Ergebnisse entsprechend der Gliederung der Untersuchung zusammenfassen.

1. Allgemeine Charakteristik der durchgesehenen Literatur und der sowjetischerseits benutzten Quellen.

Die Durchsicht der sowjetischen Literatur stützt sich hauptsächlich auf die sowjetischen wirtschaftlichen Fachzeitschriften. Daneben werden Reden sowjetischer Funktionäre verwendet, die im allgemeinen zum Leitmotiv für die Äußerungen über kapitalistische Länder in der allgemeinen Presse werden. Dies soll dann aus Beispielen aus der allgemeinen Presse gezeigt werden.

Die sowjetischen Quellen sind zumeist die offiziellen Statistiken der Bundesrepublik, die Haushaltspläne und die entsprechenden Fachzeitschriften, daneben auch Tageszeitungen. Die deutsche Linkspresse und Ostberliner Quellen werden nur ausnahmsweise herangezogen, wobei das Hauptgebiet Äußerungen über soziale Verhältnisse sind.

2. Die Bundesrepublik innerhalb der westlichen Welt. Verhältnis zu den USA und Stellung in der EWG.

Die Bundesrepublik wird im allgemeinen als Hauptverbündeter der USA in Europa bezeichnet. Die Bedeutung der Bundesrepublik wird dabei an der Höhe ihrer Industrieproduktion abgelesen. Daraus wird die Behauptung abgeleitet, daß die Bundesrepublik zusehends zur Hauptmacht Europas wird und in der EWG die führende Stellung einnimmt. Dies kehrt daher als Leitmotiv immer wieder und wird durch die Behauptung noch verstärkt, daß die Ausbeutung der Arbeiter in der Bundesrepublik einen besonders hohen Grad erreiche, wodurch erst möglich sei, diese Position als führende Macht durchzuhalten. Hierzu gibt es Lohnvergleiche, Vergleiche der Konsumquote und der Sozialleistungen.

3. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik, Wachstum, Krise, Konjunktur.

Die tatsächlichen Ergebnisse der Wirtschaftsentwicklung werden unter Anführung der entsprechenden Quellen dargestellt. Wichtig sind hier insbesondere die Konjunkturberichte in Mirovaja Ekonomika, die im Laufe der letzten Jahre an Umfang immer mehr zugenommen haben und alle kapitalistischen Länder der Welt umfassen. Die Darstellung der Konjunkturentwicklung orientiert sich am Marxschen Modell, zeigt dabei aber einige wesentliche Abwandlungen. Diese bestehen vor allem in der Betonung der sogenannten Militarisierung, die auch für die Bundesrepublik behauptet wird. Daneben in der Darstellung von sogenannten Teilkrisen, Modifizierung der Krisen durch staatsmonopolistische Eingriffe usw.

4. Die Monopolisierung und der staatsmonopolistische Kapitalismus

Die sowjetische Auffassung der Monopole wird als Ausgangspunkt genommen. Monopole sind danach durch die relative Größe des eingesetzten Kapitals beschrieben, nicht, wie im Westen üblich, durch die Verhaltensweise. Die Verurteilung von Monopolen wird als Folge davon zu einer Verurteilung des Wirtschaftssystems. Die Beschreibung setzt daher immer an den Kapitalgrößen an. Diese werden für die größten Unternehmen und Konzerne zusammengestellt. Eine zentrale Bedeutung bekommen in der Beurteilung die Großbanken. Zum Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus kommt man, indem man die wirtschaftspolitischen Maßnahmen unter dem Aspekt ihres Nutzens für die Monopole beschreibt. Dies geschieht in der sowjetischen Literatur ausführlich für die gesamten 50er Jahre.

5. Der Lebensstandard, das Verelendungsgesetz und die soziale Lage.

Beiträge hierzu sind relativ selten. Am sachlichsten sind die Darstellungen, die den Gesamtkonsum zum Gegenstand haben, weil hier

die Analyse der Verteilung auf die einzelnen Klassen fortfallen kann. Zum eigentlichen Verelendungsgesetz kommt man erst bei der Besprechung der Entwicklung des Reallohns und der Mehrwert-rate, wobei man sich bemüht, die dogmatische Vorstellung und die tatsächliche Wirklichkeit in Einklang zu bringen.

Zur Sozialgesetzgebung und ihren Funktionen gibt es so gut wie keine Darstellungen.

Anmerkungen

1. s. Mendelson, L.A.: Wirtschaftskrisen und Wirtschaftszyklen nach dem zweiten Weltkrieg. Aus: Konjunktur - Krise - Krieg. Internationale wirtschaftswissenschaftliche Konferenz der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 1959. S. 42.
2. s. Molschanow, N. Hat sich Westeuropa von Amerika unabhängig gemacht? Neue Zeit (im folgenden zitiert als NZ), 1960, Nr. 28. S. 14-16. Der entsprechende Artikel von Menzinskij findet sich in NZ, 1960, Nr. 22.
3. s. Višnev, S.: Strukturnye izmenenija v ekonomike zapadnoevropejskich stran. Mirovaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnosenija (im folgenden zitiert als ME), 1960, Nr. 1. S. 34-48.
4. s. Višnev, a.a.O. S. 39.
5. s. Višnev, a.a.O. S. 40.
6. s. Višnev, a.a.O. S. 42.
7. s. Višnev, a.a.O. S. 47.
8. s. Višnev, a.a.O. S. 48.
9. s. Lemin, I.: "Evropejskaja integracija": nekotorye itogi i perspektivy. 1. Teil ME, 1962, Nr. 4, S. 21-36; 2. Teil ME, 1962, Nr. 5, S. 42-55.
10. s. Lemin, a.a.O., 1. Teil, S. 25.
11. s. Lemin, a.a.O. Vor allem der 2. Teil, S. 49ff.
12. s. Lemin, a.a.O., 1. Teil, S. 27.
13. s. Lemin, a.a.O., 1. Teil, S. 28.
14. s. Lemin, a.a.O., 1. Teil, S. 30.
15. s. Lemin, a.a.O., 2. Teil, S. 43.
16. s. Lemin, a.a.O., 2. Teil, S. 46.
17. s. Lemin, a.a.O., 2. Teil, S. 48.
18. s. Lemin, a.a.O., 2. Teil, S. 51.
19. s. Lemin, a.a.O., 2. Teil, S. 53.
20. s. Ljubimova, W.: Der 'Gemeinsame Markt' - ein neues Joch für das Proletariat. Trud, 22.5.1962.

21. Zur analytischen Arbeitsplatzbewertung s. auch einen Artikel in Trud i Zarabotnaja Plata, 1959, Nr. 4, S. 64ff. Dies ist eine Fachzeitschrift für Lohnfragen, die völlig sachlich die Methode der analytischen Arbeitsplatzbewertung referiert.
22. s. die Diskussion in *Ekonomičeskaja Gazeta*, die in den Nummern 20-27 des Jahrgangs 1962 geführt wurde.
23. *Ekonomičeskoe položenie kapitalističeskich stran. (Tekuščee obozrenie)*. ME, 1961, Nr. 12, S. 101-111.
24. Belous, T.; Rybakov, N.: *Ekonomičeskoe položenie kapitalističeskich stran*. ME, 1962, Nr. 4, S. 116-125.
25. s. *Ekonomičeskoe ... a.a.O.*, S. 107.
26. s. Belous ... a.a.O., S. 116.
27. s. Evrejskov, A.: *Platežnyj balans FRG i valjutnoe položenie v zapadnoj evrope. Den'gi i Kredit*. 1958, Nr. 6, S. 85-93.
28. s. Evrejskov, a.a.O., S. 87.
29. s. Evrejskov, a.a.O., S. 89. Siehe hierzu noch S. der vorliegenden Untersuchung.
30. s. Ždanov, L.: *Problemy platežnych balansov promyšlenno razvitych kapitalističeskich stran*. ME, 1962, Nr. 5, S. 109-116.
31. s. Menšikov, S.: *Poslevoennyj cikl i perspektivy kapitalističeskoj ekonomiki*. ME, 1962, Nr. 9, S. 53-67.
32. s. Menšikov, a.a.O., S. 55-/56.
33. s. Menšikov, a.a.O., S. 59.
34. s. Menšikov, a.a.O., S. 62.
35. s. Menšikov, a.a.O., S. 62.
36. s. Menšikov, a.a.O., S. 60.
37. s. Menšikov, a.a.O., S. 60/61.
38. s. Menšikov, a.a.O., S. 62.
39. s. Menšikov, a.a.O., S. 63.
40. s. Menšikov, a.a.O., S. 64.
41. s. Menšikov, a.a.O., S. 65.
42. s. Menšikov, a.a.O., S. 66.
43. s. Menšikov, a.a.O., S. 67.

44. s. Mendelson, a.a.O., S. 58/59.
45. s. Mendelson, a.a.O., S. 60.
46. s. Mendelson, a.a.O., S. 61/62.
47. s. Zapol'skij, E.; Nikol'skij, F.; Ševčenko, N.: Rol' rura v vozroždenii germanskogo militarizma. ME, 1961, Nr. 3, S. 116-125
48. s. Zapol'skij, a.a.O., S. 120.
49. s. Avgrin, V.: Militarizacija kapitalističeskoj ekonomiki i cikličeskie krizicy. ME, 1961, Nr. 6, S. 87-92.
50. Kaz, A.: O nekotorych ekonomičeskich faktorach usilenija zagnivanija amerikanskogo kapitalizma. ME, 1961, Nr. 2, S.
51. s. Pičugin, B.: O poslevoennom cikle v Zapadnoj Germanii. ME, 1958, Nr. 9, S. 43-57.
52. s. Pičugin, a.a.O., S. 43.
53. s. Pičugin, a.a.O., S. 51.
54. s. Pičugin, a.a.O., S. 57.
55. s. Kazachstanskaja Pravda, 18.8.1962, S. 3.
56. s. Bzaev, K.: Monopolističeskaja koncentracija v Zapadnoj Germanii. ME, 1962, Nr. 2, S. 121-128.
57. s. Bzaev, a.a.O., S. 122.
58. s. Bzaev, a.a.O., S. 123.
59. s. Bzaev, a.a.O., S. 125.
60. s. Bzaev, a.a.O., S. 122.
61. s. Serebrjanyj, M.: Bankovskie monopolii Zapadnoj Germanii - centry revansizma i agresii. Den'gi i Kredit, 1962, Nr. 3, S. 74-82.
62. s. Serebrjanyj, a.a.O., S. 78.
63. Deza, G.: Usilenie bankovskih monopolij Zapadnoj Germanii. Den'gi i Kredit, 1960, Nr. 8, S. 63-71.
64. s. Deza, a.a.O., S. 67.
65. s. Chmel'nickaja, E.: Osnovnye čerty gosudarstvenno-monopolističeskogo kapitalizma v FRG. ME, 1959, Nr. 1, S. 82-98.
66. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 82.
67. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 83.

68. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 87.
69. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 88.
70. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 87.
71. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 95.
72. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 96.
73. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 90/91.
74. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 91.
75. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 92/93.
76. s. Skvorcov, V.: Antikrest'janskij charakter agrarnoj politiki
Bonna. ME, 1961, Nr. 3, S. 115-124.
77. s. Skvorcov, a.a.O., S. 116.
78. s. Skvorcov, a.a.O., S. 120/21.
79. s. Mazič, V.: Proniknovenie Zapadnoj Germanii na bližnij i
srednij vostok. ME, 1958, Nr. 3, S. 120-126.
80. s. Mazič, a.a.O., S. 125.
81. s. Mazič, a.a.O., S. 125/26.
82. s. Mazič, a.a.O., S. 126.
83. s. Archimov, V.: Ekspansija monopolii FRG v Jugovostočnoj Azii.
ME, 1960, Nr. 4, S. 114-116.
84. s. Archimov, a.a.O., S. 116.
85. s. Auslandspresseschau: Westdeutsches Versagen in Rourkela.
NZ, 1961, Nr. 28, S. 21/22. Die Fakten werden leider überhaupt
nicht dargestellt, so daß eine Auseinandersetzung nicht möglich
ist.
86. s. Chmel'nickaja, a.a.O., S. 89.
87. s. Kusminow, I.I.: Die Verelendung der Arbeiterklasse unter den
Bedingungen des modernen Kapitalismus. Aus: Konjunktur-Krise -
Krieg. a.a.O., S. 169-248.
88. s. Kusminow, a.a.O., S. 170.
89. s. Mendelson, a.a.O., S. 9.
90. s. Kusminow, a.a.O., S. 176.
91. s. Kusminow, a.a.O., S. 181.
92. s. Kusminow, a.a.O., S. 201.
93. s. Kusminow, a.a.O., S. 229.

94. s. Ljubimova, W.: Dviženie real'noj zarabotnoj platy promyšlennogo proletariata v stranach Zapadnoj Evropy i v Japonii. ME, 1962, Nr. 5, S. 56-70.
95. s. Ljubimova, a.a.O., S. 56, Anm. 1.
96. s. Sorokopud, M.: Povyšenie stepeni ékspluatácii proletariata posle vtoroj mirovoj vojny. Vestnik Statistiki, 1962, Nr. 3, S. 49-62.
97. s. Ljubimova, a.a.O., S. 57/58.
98. s. Ljubimova, a.a.O., S. 65.
99. s. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, S. 497.
100. s. Statistisches Jahrbuch ... a.a.O., S. 486.
101. s. Statistisches Jahrbuch ... a.a.O., S. 486.
102. s. Sorokopud, a.a.O., S. 50.
103. s. Sorokopud, a.a.O., S. 51/52.
104. s. Sorokopud, a.a.O., S. 59.
105. s. Sorokopud, a.a.O., S. 61.
106. s. Sorokopud, a.a.O., S. 62.
107. s. Fisevskij, J.: Buržuaznyj mif o 'vseobščem blagosobjanii' i zapadnogermanskaja dejstvitel'nost'. Aus: Položenie i bor'ba rabocego klassa kapitalističeskich stran. Moskau 1959. S. 150-172.
108. s. Fisevskij, a.a.O., S. 151.
109. s. Fisevskij, a.a.O., S. 155.
110. s. Fisevskij, a.a.O., S. 158.
111. s. Fisevskij, a.a.O., S. 161.
112. s. Fisevskij, a.a.O., S. 161/162.
113. s. Fisevskij, a.a.O., S. 152.
114. s. Fisevskij, a.a.O., S. 158.
115. s. Fisevskij, a.a.O., S. 164-169.
116. s. Fisevskij, a.a.O., S. 172.
117. s. Buchbesprechung in Kommunist, 1959, Nr. 17, S. 118.